

blz

ZEITSCHRIFT DER **GEW** BERLIN

68.(83.) JAHRGANG

JUNI 2015

GRUNDSCHULE

RECHT & TARIF

Warnstreiks: Noch kein L-EGO, aber gutes Ergebnis

BONUSPROGRAMM

Mehr Gerechtigkeit in der Bildung?

GEWERKSCHAFT

Vorschläge für einen neuen Namen für unsere Zeitschrift *blz*

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz & bündig |
Redaktionelles | 3-5

TITEL

Die Grundschule – das Stiefkind der
Bildungspolitik *Nuri Kiefer* 6
Auf die Haltung kommt es an *Interview* 10
Deutsch und Mathe
sind ein Muss *Silke Pflüger / Kathrin Glowinski* 12

SCHULE

Sand in die Augen *Sibylle Recke* 14

HOCHSCHULE

Altersarmut garantiert *Linda Guzzetti* 16

GEWERKSCHAFT

Gutes Tarifergebnis, aber ohne Entgeltordnung
für Lehrkräfte *Peter Baumann* 18
Je größer die Runde, desto eckiger die
Gespräche *Caroline Muñoz del Rio* 20
Nomen est omen oder Der Name ist
Programm *Caroline Muñoz del Rio* 21
Gesichter der GEW 22
Weiterhin streikbereit *Udo Mertens* 22
Abschied von der Bücherboxx *Monika Rebitzki* 23

RECHT & TARIF

L-EGO in der Tarifrunde gescheitert *Udo Mertens* 24

BÜCHER

Weit entfernt von den Stereotypen *Ute Wolters* 27

TENDENZEN

Vererbt statt erarbeitet *Thomas Gesterkamp* 28

INTERNATIONALES

Freihandel fördert nicht
die Demokratie *Thomas Isensee* 30

GLOSSE

Das Berliner Schulsystem als
Scripted Reality *Wolfgang Harnischfeger* 31

SERVICE

Theater und Schule | Fortbildung | Materialien ... 32



16 HOCHSCHULE Die finanzielle Lage am Berufsende ist für die meisten Honorarkräfte an Volkshochschulen, Musikschulen und die Lehrbeauftragten an Hochschulen besorgniserregend. Dies wurde auf einer Informationsveranstaltung deutlich.



24 RECHT & TARIF Udo Mertens erklärt, warum eine Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte bei den zurückliegenden Tarifverhandlungen wieder gescheitert ist und skizziert die weiteren Schritte. Außerdem rückt er die unrühmliche Rolle des Beamtenbundes ins rechte Licht.



28 TENDENZEN Der Journalist Thomas Gesterkamp über die steigende Flut der Erbschaften und die kaum vorhandene Besteuerung: Geschont wird nicht Omas Häuschen, sondern Opas Schlösschen.

LEUTE

Sigrid Baumgardt, Vorsitzende der GEW BERLIN, hat Anfang Mai 2015 ihren Rücktritt für die Landesdelegiertenversammlung (LDV) am 2. Juni 2015 angekündigt: „Die Landesdelegiertenversammlung hat mich gewählt, und vor den Delegierten werde ich diesen Schritt auch erklären“, äußerte sie gegenüber der Presse. Sigrid führte seit April 2011 mit Doreen Siebernik und Hartmut Schurig den Landesverband und wurde im Juni 2014 wiedergewählt. Sie gehörte dem Geschäftsführenden Landesvorstand seit 1999 an und war von 2005 bis 2012 verantwortliche Redakteurin der blz. Mehr zum Rücktritt und zur Nachfolge im nächsten Heft.

Manfred Triebe (73) hat seit der Jahrtausendwende, also innerhalb von 15 Jahren, über 70 Artikel für die blz geschrieben. Es gibt die Goldene Kamera, die Goldene Henne und sogar den Goldenen Windbeutel. Wenn es die Goldene blz-Feder gäbe, wüssten wir schon, wem wir sie anheften würden: dem nimmermüden Manfred!

Eberhard Lämmert war Präsident der Freien Universität Berlin von 1976 bis 1983. Ihm gelang es, den von der rechten Notgemeinschaft gekürten Gegenkandidaten zu verhindern. Lämmert war nicht nur ein notwendiges Ausgleichselement zwischen den politischen Fronten, sondern zugleich ein ausgewiesener und international renommierter Wissenschaftler. Nach seiner Amtszeit leitete er das Peter Szondi-Institut für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft noch einige Jahre. Lämmert verstarb Anfang Mai in Berlin im Alter von neunzig Jahren.

Lore Maria Peschel-Gutzeit war 1984 die erste weibliche Vorsitzende eines Senats beim Oberlandesgericht Hamburg und später Senatorin in Hamburg und Berlin. Die inzwischen 82jährige erklärte in einem Interview mit dem *Tagesspiegel* Ende April 2015, dass Männer tun, was man ihnen sagt, weil sie ein »absolutes Gespür für Hierarchien haben. Das ist ihnen über Jahrtausende eingepflanzelt worden.« Bis heute wisse jeder Mann, wer der Oberhäuptling ist. Frauen dagegen hätten nie gelernt, Hierarchien als notwendige Strukturen zu akzeptieren, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, erklärte Peschel-Gutzeit. ■

Denn wir streiken nicht für Brot allein

Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Streik müssen geklärt werden.

von Micah Brashear, Junge GEW BERLIN

In den letzten drei Jahren ist es der GEW BERLIN gelungen, eine breite und kampffähige Streikbewegung für eine Lehrkräfteentgeltverordnung (L-EGO) und alternsgerechte Arbeitsbedingungen aufzubauen. In den nächsten Monaten wird auf Bundesebene und auch in Berlin innerhalb der GEW beraten, wie deren Forderungen nun endgültig durchgesetzt werden können. Wir sehen vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation und unserer Streikerfahrung aus dem Jahr 2013 nicht, wie wir dabei um einen Erzwingungsstreik herumkommen sollen. Um noch zahlreicher, schlagkräftiger und dauerhafter aufzutreten als im Jahr 2013, müssen wir drei zentrale Voraussetzungen schaffen.

Gemeinsam gegen die Missstände im Bildungswesen

Kein Streik im Bildungsbereich kann ohne das Verständnis und die Unterstützung direkt Betroffener und anderer gesellschaftlicher Gruppen erfolgreich sein. Eltern, LehrerInnen, ErzieherInnen, Beschäftigte in der Sozialarbeit und andere Gruppen sind alle direkt von den Missständen im Bildungssystem betroffen. Um die Solidarität dieser Gruppen für unseren Streik zu bekommen, bedarf es konkreter Mobilisierungsarbeit auf Schulebene. Die Gründung von Solidaritätskomitees an allen Berliner Schulen böte dafür einen geeigneten Rahmen. Ziel muss es sein, sich über Missstände an der Schule auszutauschen und daran anknüpfend Aktionen zu planen, die einen LehrerInnenstreik unterstützten. Perspektivisch sollten die Solidaritätskomitees auch darüber hinaus als Basis für die



Durchsetzung besserer Bedingungen für alle Beteiligten im Bildungssystem dienen. Hier könnten wir auch an bereits bestehende GEW-Schulgruppen anknüpfen, um alle Interessierten ins Gespräch zu bringen.

Gewerkschaftliche Solidarität

Wir müssen auch aktive Solidarität anderer Gewerkschaften und anderer Streikbewegungen gewinnen. Wir erleben zurzeit eine hohe Streikbereitschaft in vielen Bereichen: Es streiken Beschäftigte bei Amazon, der Post, der Charité, der Bahn und in den Kitas. Hier können und müssen wir uns solidarisch verhalten und zugleich für die Solidarität der Bewegungen mit unseren Forderungen werben. Wir als Junge GEW haben bereits unsere Solidarität mit den Streikenden bei Amazon und der Charité erklärt. Das muss auch auf Führungsebene der GEW geschehen.

Das Thema »alternsgerechte Arbeitsbedingungen« steht schon lange auf der Liste der Forderungen der GEW. Die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen spielt in den anderen derzeitigen Streikbewegungen eine zentrale Rolle. Wenn wir uns stärker auf diesen Bereich besinnen, schaffen wir zugleich eine starke Verbindung zu den laufenden Streiks bei Amazon, der Charité und in anderen Bereichen.

Lasst uns die nächsten Monate nutzen, um in Verbindung mit Eltern, anderen Gewerkschaften und Berufsgruppen unsere Streikbewegung in dieser kritischen Phase zu einer schlagkräftigen und entschlossenen Kraft zu entwickeln! ■

Dieser Artikel ist im Anschluss an einen Themenabend der Jungen GEW zum Thema »Streik im Bildungsbereich« entstanden. Wir verstehen die hier vertretenen Positionen als Fortsetzung der Diskussion und freuen uns auf weitere Beiträge.



Zum 1. Mai haben sich bundesweit 402.000 Menschen an mehr als 470 Veranstaltungen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes beteiligt. Zum 125jährigen Jubiläum war das Motto: »Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!« Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann wurde bei seiner Rede vor dem Brandenburger Tor durch ein Pfeifkonzert der Jungen GEW unterbrochen. Nach der Rede durften sie dann auf der Hauptbühne sprechen (siehe Foto). Ihr Protest richtet sich gegen eine Räumung des Hauses des DGB Berlin-Brandenburg, nachdem Flüchtlinge das Gebäude im Herbst besetzt hatten. Die Junge GEW fordert eine kritische Aufarbeitung des Vorfalles.

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Mütter auf Arbeitslosengeld I angewiesen waren. Ihr Anteil unter den Gleichaltrigen beträgt demnach 15,4 Prozent. Damit ist die Zahl der betroffenen Kinder im Vergleich zu den Vorjahren wieder angestiegen, im Vergleich zum Vorjahr etwa um rund 16.000. Besonders stark betroffen sind die Stadtstaaten Berlin und Bremen sowie Sachsen-Anhalt. So lebt in Berlin jedes dritte Kind unter 15 Jahren in einem Haushalt, der auf Hilfe angewiesen ist: www.biaj.de (vn 6/2015)

Neue Studie der GEW zum Risikoberuf ErzieherIn

Beschäftigte in Sozial- und Erziehungsberufen werden nicht nur schlecht bezahlt, ihre Berufsgruppe weist auch überdurchschnittlich viele Fälle von Arbeitsunfähigkeit auf. Nach Aussagen der Bundesregierung auf eine Anfrage im Bundestag liegt diese Berufsgruppe bei den Krankmeldungen an der Spitze. Die häufigsten Diagnosen sind Erkrankungen des Atmungssystems, dicht gefolgt von psychischen Störungen. Die gerade vorgelegte wissenschaftliche Studie über die Arbeitsbelastung von ErzieherInnen an Ganztagsgrundschulen, die im Auftrag der GEW und der Max-Träger-Stiftung von Prof. Dr. Bernd Rudow erstellt wurde, hat ebenfalls ein hohe Belastung der ErzieherInnen festgestellt. Danach haben ErzieherInnen an Ganztagsgrundschulen ein hohes Risiko, an Burnout zu erkranken. Rund 13 Prozent fühlen sich emotional ausgelaugt, 16 Prozent durch ihre Arbeit ausgebrannt. Ursache seien vor allem strukturelle und organisatorische Rahmenbedingungen, heißt es in der Studie, die in der nächsten Ausgabe der *blz* vorgestellt wird.

Die Anzahl der geringfügig Beschäftigten ist rasant gestiegen

Die Zahl der geringfügig Beschäftigten steigt. 1993 waren 4,4 Millionen ArbeitnehmerInnen ohne regulären Job. Im Jahr 2013 waren es 7,6 Millionen. Diese Zahlen nennt das Bundesarbeitsministerium auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke. Der Anteil der Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis sank in diesem Zeitraum von 76,8 auf 67,5 Prozent. Nach Einschätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) wird die Zahl der geringfügig Beschäftigten im Jahr 2014 etwas geringer ausfallen. Das IAB rechnet mit einem Minus von 60.000. (einblick 9/2015)

20 Jahre Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Im Frühjahr 1995 wurde das erfolgreiche Netzwerk von der Aktion Courage ins Leben gerufen. Heute ist das Netzwerk die größte Initiative nachhaltiger Antidiskriminierungsarbeit von und mit Kindern und Jugendlichen in Europa. Rund 1700 Schulen machen mit, das sind über eine Million Kinder und Jugendliche, die sich verpflichtet haben, sich künftig gegen jede Form von Diskriminierung an ihrer Schule aktiv einzusetzen, bei Konflikten einzugreifen und regelmäßig Projekttag zum Thema durchzuführen. In der jüngsten Ausgabe der Netzwerk-Zeitung »Q-Rage« geht es um das Thema »Was ist deutsch?«.

Neuer Rahmenlehrplan kommt ein Jahr später

Die GEW BERLIN hat in ihrer Stellungnahme vom März 2015 insbesondere die fehlende Beteiligung bei der Erstellung des neuen Rahmenlehrplans bemängelt. Begrüßt wurden der schulstufenübergreifende Ansatz und der Gedanke der inklusiven Bildung. Neben Unklarheiten bei der Leistungsbeurteilung, der fehlenden Kohärenz beim fachübergreifenden Teil B

und der fehlenden Grundstruktur im fachbezogenen Teil C, kritisierte die Bildungsgewerkschaft die Ausrichtung auf die Verwertungslogik für den Arbeitsmarkt. Mit der Umsetzung der Ziele des neuen Rahmenlehrplans sind die Schulen zeitlich überfordert. Deswegen begrüßt die GEW, dass der Überarbeitung des neuen Rahmenlehrplans und der Vorbereitung in den Schulen ein Jahr mehr Zeit eingeräumt wird. Nach der Veröffentlichung der Anhörungsfassung zum neuen Rahmenlehrplan im November 2014 wollten die Berliner Senatsbildungsverwaltung und das Brandenburger Bildungsministerium den Beteiligungsprozess im März 2015 abschließen. Ab August 2015 sollte der neue Plan im Abgeordnetenhaus beschlossen und ab dem Schuljahr 2016/2017 unterrichtswirksam werden. Das soll nun ein Jahr später geschehen.

Kinderarmut in Deutschland nimmt zu

1,634 Millionen Kinder unter 15 Jahren lebten nach Angaben des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) im Dezember 2014 in sogenannten SGB-II-Bedarfsgemeinschaften. Das bedeutet, dass Väter und/oder

POST AN DIE REDAKTION

Naina und Harnischfeger, April/Mai-blz 2015

Wäre er nur nicht so altväterlich überheblich dahergekommen, der Herr Harnischfeger, dann hätte Naina seine Ausführungen vielleicht sogar annehmen können, denn schlecht sind sie nicht. Naina erinnert mich an meine zwölfte Klasse (Leistungskurs Französisch). Sartre konnte ich auf Französisch interpretieren, aber als ich in Paris beim Bäcker sagte »Je voudrais une baguette«, war ich auf die Rückfrage nicht vorbereitet. Ich weiß bis heute nicht, was die Verkäuferin wissen wollte, und antwortete stattdessen »Je prends une brioche«. Naina hat recht mit ihrer Forderung, sich nach so vielen Schuljahren doch bitte in der Welt zu rechtfinden zu wollen. Wolfgang Harnischfeger hat auch recht – mit seiner Antwort, dass eine Gedichtinterpretation Vieles beinhaltet, was ihr dabei helfen wird. Voraussetzung ist aber, dass ihre LehrerInnen dafür sorgen, dass Naina ihr Kompetenzbewusstsein behält und erweitert, um in allen Lebenslagen selbstbewusst darauf zurückgreifen zu können.

Susanne Dawi

Lehrertyp im Inklusionsprozess, April/Mai-blz 2015

Ich traue ja wohl meinen Augen nicht! Da wird eine »Glosse« veröffentlicht, die alle LehrerInnenklischees, die es so gibt, aufgreift. Man könnte meinen, man ist in einer alternativen Elternzeitschrift gelandet. Am meisten ärgert mich, dass »Der Bequeme« mit den Fächern »Sport und Musik« gleichgesetzt wird und im Unterricht Zeitung liest. Welcher Sport- oder Musiklehrkraft kann im Unterricht Zeitung lesen? In diesen beiden Fächern ist man nonstop gefordert: Im Sport – und das habe ich bisher nur vereinzelt vertreten und ziehe vor meinen KollegInnen den Hut – durch ständige Aufsicht und den Lärm, in Musik durch die Haltung vieler Kinder, die das als »Freizeitfach« ansehen, die ebenfalls häufig laut sind und sich einiges erlauben – und in denen erst einmal Motivation geweckt werden muss. Und von den freien Nachmittagen haben KollegInnen der beiden Fachrichtungen auch nicht mehr als andere. Da werden Schüler zu Sportwettkämpfen be-

gleitet oder musikalische Auftritte geübt. Nebenbei verlangt ein fachgerechter Musikunterricht ähnlich viel Vorbereitungszeit wie die Vorbereitung anderer Fächer – teilweise sogar mehr. Zusätzlich haben KollegInnen dieser Fächer bereits einen Teil ihrer Kindheit und Jugend geopfert für regelmäßiges Üben und Training – denn nur nach einer teilweise sehr schweren Aufnahmeprüfung kann man ein Lehramtsstudium in Musik oder Sport beginnen. Lisa Reimann darf so etwas schreiben, wenn ich auf ihre Internetplattform gehe, muss ich damit rechnen – aber ich finde es gedankenlos und unsensibel, so eine »Glosse« dann in einer Zeitschrift meiner Gewerkschaft zu lesen!

Constanze von Essen,

Grundschullehrerin mit Musik als 1. Fach

Standpunkt »Spiel nicht mit den Schmuddelkindern«, April/Mai-blz 2015

Da die blz jetzt Wahlempfehlungen abdruckt, hier ein weiterer Hinweis, den Nuri Kiefer in seiner Polemik vergessen hat: Die wesentlichen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen der Berliner Lehrerinnen und Lehrer wurden NACH dem Regierungswechsel von Diepgen (CDU) zu Wowereit (SPD) beschlossen und umgesetzt. Höhepunkt waren neben Gehaltsenkungen und anderen Verschlechterungen drei Unterrichtsstunden Mehrarbeit! Der verantwortliche Schulsenator war Klaus Böger (SPD). Hat so eine Partei es verdient, dass sie noch Stimmen von Lehrerinnen und Lehrern erhält? *Olaf Keller, Lehrer an der Elinor-Ostrom-Schule*

Inklusion: Es geht voran, April/Mai-blz 2015

Den Artikel von Sybille Volkholz möchte ich nicht unkommentiert stehen lassen. Der Inklusionsbegriff, den Sybille Volkholz in ihrem Text verwendet, bezieht sich nahezu ausschließlich auf die Partizipation von Menschen mit Behinderungen. Zwar war dies für diese blz-Ausgabe auch gezielt so angefragt, jedoch fasst die GEW den Inklusionsbegriff deutlich weiter. Die zu enge Definition von Inklusion ist auch bei der Zusammensetzung des Fachbeirats erkennbar. So hat beispielsweise die Vertretung der MigrantInnen nur durch eine Person lediglich eine

► Fortsetzung auf Seite 23

ÜBRIGENS

Geschafft! Die GEW BERLIN hat die Marke von 25.000 Mitgliedern geknackt. Da dürfen sich alle Aktiven mal kräftig auf die Schultern klopfen. Unser Engagement wird offensichtlich geschätzt.

Es wird konkret! Die Redaktion präsentiert euch in dieser Ausgabe ihre vier Favoriten für den neuen Namen der blz. Bis zum 30. Juni könnt ihr dazu online ein Votum abgeben. Alles Weitere findet ihr auf Seite 21 in diesem Heft.

Wie ein Bericht über die Landesdelegiertenversammlung (LDV) aussehen sollte, haben wir in der letzten Sitzung diskutiert. Die Meinungen reichten von »Das interessiert doch eh keinen« bis zu »Das ist das wichtigste Gremium der GEW, natürlich muss hier ausführlich berichtet werden«. Richtig einig geworden sind wir uns nicht. Deshalb haben wir uns zunächst auf den Kompromiss geeinigt, eine Übersicht über die Beschlüsse zu drucken. Aber vielleicht kommt ja aus unserer LeserInnenschaft eine AutorIn mit einer zündenden Idee? Die nächste LDV war gerade, wenn dieses Heft erscheint. *CMdR*

TITELTHEMEN für die blz im ...

SEPTEMBER: »Soziale Arbeit«, Redaktionsschluss am 25. Juni 2015

OKTOBER: »Hochschule«, Redaktionsschluss am 3. September 2015.

NOVEMBER: »Berufsbildung«, Redaktionsschluss am 30. September 2015.

IMPRESSUM

Die **blz** ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).

Redaktion: Caroline Muñoz del Rio (verantwortlich), Klaus Will (Koordination, Foto- und Schlussredaktion), Janina Bähre, Martina Brömme, Tom Erdmann, Josef Hoffmann, Arne Schaller, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne.

Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag: GEW/VA GmbH, erreichbar via Redaktion. Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 12 vom 1. November 2013
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler, Erkelendamm 9, 10999 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, E-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin

ISSN 0944-3207

6/2015: 26.500

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge nur per E-Mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsöffentlichen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.



Die Grundschule – das Stiefkind der Bildungspolitik

Über viele Jahre hinweg wurde die Grundschule vernachlässigt. Die Arbeitsbedingungen haben sich stetig verschlechtert. Kein Wunder, dass ausgebildete Grundschullehrkräfte inzwischen Mangelware sind. Es wird höchste Zeit, dass sich etwas ändert.

von Nuri Kiefer

Ich würde gerne mehr Zeit für die pädagogische Arbeit mit den Kindern haben, aber das lassen die vielen zusätzlichen Aufgaben nicht zu!« Diesen Satz hört man so oder ganz ähnlich immer dann, wenn man mit Lehrkräften, ErzieherInnen und Schulleitungen Berliner Grundschulen redet. Viele Grundschu-

len arbeiten inzwischen am Limit – und darüber hinaus! Die Arbeits- und Lernbedingungen an Grundschulen haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. Hierauf weisen auch immer mehr Schulleitungen von Grundschulen hin. Auch deren Arbeitsbelastung hat stark zugenommen. Sie mahnen, dass ein verantwortbarer Schulbetrieb nur mit unbezahltem Zusatzengagement einzelner KollegInnen – einschließlich sich selbst – möglich ist. Welches sind aber die konkreten Problemfelder und

Einzelpunkte, die dazu führen, dass viele Grundschulen nicht mehr gemäß ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag optimal arbeiten können.

Unzureichende Lehrkräfteversorgung

Seit Jahren schon hinkt die Zahl der ausgebildeten Lehrkräfte für die Primarstufe der Nachfrage hinterher. Zum Sommer 2015 beenden in Berlin lediglich 40 Lehrkräfte, die für die Grundschule ausgebildet wurden, ihr Referendariat. Dies wird sich – wie die Studierendenzahlen zeigen – auch in den nächsten Jahren nicht gravierend ändern. Im vorangegangenen Jahr haben weniger als 200 LehramtsabsolventInnen ihren Vorbereitungsdienst für das Grundschullehramt begonnen (1).

Die niedrige Berliner Ausbildungsquote an Grundschullehrkräften führt dazu, dass mehr und mehr nicht speziell in Grundschulpädagogik und -didaktik ausgebildete Lehrkräfte und zunehmend auch QuereinsteigerInnen in den Einrichtungen ankommen. Im aktuellen Schuljahr sind es gut ein Drittel. Das belegt die Antwort von Staatssekretär Rackles auf eine Anfrage der Abgeordneten Stefanie Remlinger (2). Das muss im Einzelfall nicht zwingend ein Nachteil sein, tendenziell hat es jedoch Auswirkungen in Bezug auf eine altersgerechte Pädagogik. Immerhin gibt es aus gutem Grund das Studium der Grundschulpädagogik. Der Mangel an ausgebildeten GrundschulpädagogInnen führt außerdem dazu, dass ein Teil der Lehrkräfte, die neu an dieser Schularart zum Einsatz kommen, dort nicht aus Überzeugung arbeiten, sondern weil sie keine Stellenangebote für ein Gymnasium erhalten. Fehlende Eigenmotivation wird sich aber immer auch auf die Qualität der Arbeit niederschlagen.

Integration und Inklusion

Grundschulen sind zunehmend inklusive Schulen, da die Zahl von SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf stetig steigt. Im Schuljahr 2013/14 wurden rund 8.500 sogenannte »I-SchülerInnen« an Grundschulen (inklusive SAPH) beschult. Vor zehn Jahren waren es knapp die Hälfte. Auch der Anteil von SchülerInnen nichtdeutscher Herkunftssprache ist deutlich gestiegen. Gleichzeitig wurden die zusätzlichen Stunden für Integration abgeschmolzen, sodass die einzelne Lehrkraft und die einzelne ErzieherIn heute wesentlich stärker gefordert und bisweilen überfordert wird, wenn es darum geht, allen Kindern im notwendigen Maße gerecht zu werden. Auch die zunehmend aufwendigen Antragsverfahren, die Erstellung von Förderplänen und die zahlreichen Gespräche, die im Zusammenhang mit Inklusion unumgänglich sind, belasten die PädagogInnen immer stärker. Nicht nur zeitlich, sondern auch mental. Erschwerend kommt hinzu, dass aufgrund des Lehrkräftemangels sehr häufig insbesondere Teilungsstunden und Doppelsteckungen aufge-

löst werden, damit die Minderausstattung nicht zu Unterrichtsausfall führt. Im laufenden Schuljahr waren laut Herbststatistik der Senatsverwaltung in vier Bezirken die Grundschulen nicht mit 100 Prozent Lehrkräftestunden versorgt (3). In allen 12 Bezirken zusammen waren an den Grundschulen gerade mal 100,49 Prozent des Pflichtbedarfs an Lehrkräftestunden gedeckt. Da jedoch im Schnitt drei bis vier Prozent des Unterrichts im Laufe eines Schuljahres beispielsweise wegen Krankheit, Fortbildungen und Klassenfahrten ausfallen und mindestens weitere drei bis vier Prozent durch Streichung von notwendigen Teilungsstunden und Doppelsteckungen sowie Zusammenlegung von Gruppen »erwirtschaftet« werden, arbeitet faktisch nahezu jede Grundschule mit einem dauerhaften strukturellen Minus an Lehrkräften. Dies erhöht unweigerlich die Belastung der vorhandenen LehrerInnen und ErzieherInnen, die den Mangel auffangen müssen. Denn es werden bei Versorgungsengpässen in der Regel die zusätzlichen Stunden für die Integration/Inklusion und Sprachförderung gestrichen, um eine andere Lerngruppe zumindest mit einer PädagogIn zu versorgen. Das schadet nicht nur den betroffenen Kindern, sondern der gesamten Lerngruppe und natürlich auch den Beschäftigten. So erreicht man nicht die erforderliche Akzeptanz für die inklusive Grundschule bei den Beschäftigten und den Eltern!



Arbeitsbelastung der PädagogInnen

Die Engpässe bei der Lehrkräfteversorgung und die strukturelle Minderausstattung vor allem auch im Bereich der Sonderpädagogik führen zu erhöhter Belastung der PädagogInnen an den Grundschulen. Dies betrifft neben den Lehrkräften selbstverständlich auch die ErzieherInnen. Belegt wird dies durch eine aktuelle Studie von Prof. Dr. Rudow über »Arbeitsbelastungen von Erzieher*innen in der Arbeit

Kundgebung für eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Berliner Grundschulen vor der Senatsverwaltung für Bildung in der Otto-Braun-Straße im Mai 2010.



- ▶ an der Schule« (4). Die Studie macht deutlich, dass es enge Zusammenhänge zwischen dem strukturellen Rahmen, den arbeitsorganisatorischen Bedingungen, der Ausstattung der Arbeitsumgebung sowie der Wertschätzung der geleisteten Arbeit und der Gesundheit der ErzieherInnen gibt. Gerade in diesem Bereich hat sich die unzureichende und nicht an den Anforderungen orientierte Personalausstattung als ein wesentlicher Belastungsfaktor erwiesen. Eine Verbesserung der ErzieherIn-Kind-Relation wäre dringend erforderlich. Die gegenwärtige Personalbemessung sieht außerdem eine Unterrichtsbeglei-

Doppelnutzung von Räumen, morgens Unterricht, nachmittags Ganztage. Daraus erwachsen Konflikte. Bei schlechtem Wetter sind die Kinder von früh bis spät im selben Raum. Und zwischen Lehrkräften und ErzieherInnen steht immer wieder die Frage: Wer darf was und wie nutzen und gestalten? ErzieherInnen und Lehrkräfte benötigen zusätzliche Pausenräume für Regeneration und Erholung – insbesondere im Ganztage.

Verschärft werden die gesundheitsbelastenden Arbeitsbedingungen auch dadurch, dass Grundschulen immer mehr SchülerInnen aufnehmen müssen, weil die ursprünglich geplanten Kapazitäten in vielen Teilen Berlins nicht mehr mit dem Bedarf der wachsenden Stadt schritthalten können. In bestimmten Regionen müssten dringend neue Grundschulen gebaut werden. Derzeit wird aber zumeist nur verdichtet und aufgefüllt. An vielen Standorten werden Räume, die für Gruppenteilungen und den Ganztage eigentlich dringend benötigt werden, in Klassenräume (zurück) verwandelt. Die SchülerInnenfrequenzen in den Klassen und Lerngruppen überschreiten vielerorts bereits einen pädagogisch vertretbaren Wert.

Mangelnde Anerkennung der geleisteten Arbeit

Lehrkräfte an Grundschulen sind in zweifacher Hinsicht benachteiligt. Sie haben eine höhere Stundenverpflichtung, nämlich 28 Wochenstunden. Und sie verdienen deutlich weniger (etwa 550 Euro im Unterschied zur Gymnasiallehrkraft). Das Prinzip der ungleichen Entlohnung der verschiedenen Lehrämter stammt aus Zeiten, in denen die Hochschulausbildung von Grundschullehrkräften und zum Beispiel Gymnasiallehrkräften in Dauer und Anforderungsniveau noch sehr stark voneinander abwich. Inzwischen gibt es für diese Ungleichbehandlung keine sachlogischen Gründe mehr. Dies bestreitet im Übrigen auch die Bildungspolitik nicht. Dass die unterschiedliche Wertigkeit der geleisteten pädagogischen Arbeit jedoch stetig fortgeschrieben wird und sich im Zuge von Gemeinschaftsschulfusionen und Einstellung von Gymnasiallehrkräften an Grundschulen sogar noch deutlich verschärft, nehmen die regierend verantwortlichen PolitikerInnen aber im gleichen Atemzug billigend mit dem Hinweis in Kauf, dass eine Höhergruppierung und Deputatsabsenkung finanziell nicht zu stemmen sei. Aber: Eine Ungerechtigkeit bleibt eine Ungerechtigkeit, auch wenn sie noch so gut begründet wird. Geld wäre genug da oder es müsste über ein gerechtes Steuersystem endlich generiert werden. Es geht hier um Prioritätensetzung und die Glaubwürdigkeit von Bildungspolitik.

Entsprechend verhält es sich mit der Besoldung der Schulleitungen. Diese werden bei vergleichbaren Aufgaben zu den Leitungsstellen an ISS eine Stufe schlechter bezahlt und erhalten weniger Leitungszeit angerechnet. Dies ist in Zeiten, in denen die Leitung einer Grundschule was Aufgabenfülle und



Kummerkasten in einer Grundschule

tion und Zusammenarbeit von ErzieherInnen und Lehrkräften nur im jahrgangsübergreifenden Unterricht in der Schulanfangsphase in Höhe von vier Stunden in der Woche vor. Die Ergebnisse der Studien zeigen jedoch, dass die ErzieherInnen 10 bis teilweise 15 Stunden unterrichtsergänzend und unterrichtsbegleitend tätig sind. Es ist sinnvoll, dass ErzieherInnen Unterrichtsprozesse begleiten und unterstützen. Doch für diese Kooperation sind weitere Personalressourcen bereitzustellen. Die unzureichende Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften darf nicht zulasten der ErzieherInnen gehen. Aufgabe der Senatsbildungsverwaltung ist es auch, dafür Sorge zu tragen, dass ErzieherInnen keine Vertretung von Lehrkräften übernehmen müssen.

Auch der Lärm, die Enge und der Sanierungsrückstau stellen an vielen Schulen eine erhebliche Arbeitsbelastung dar, sowohl körperlich als auch psychisch. Ganztage Schulen benötigen andere Raumgrößen und Raumkonzepte, denen die als Halbtageschulen bemessenen Gebäude in der Regel nicht genügen. Eher der Normalfall als die Regel ist mittlerweile die





Standorten dringend erüchtigt werden. Auch die Ausstattung mit Medien und Lernmitteln ist vielfach nicht mehr zeitgemäß. Da die Budgets der Schulen für Lehr- und Lernmittel nicht ausreichend sind, bezahlen viele PädagogInnen ihre Unterrichtsmaterialien oft aus eigener Tasche. Auch der tendenzielle Rückgang des Elternengagements bei wachsenden Anforderungen an die PädagogInnen vor allem im Ganzttag belastet deren Arbeit, insbesondere an sogenannten »Brennpunkt-Grundschulen«. Hier sind Elterngespräche und Klassenkonferenzen häufig und müssen wegen des gebundenen Ganztages oft nach 16 Uhr in der eigentlich frei

Der Arbeitsplatz Grundschule ist ein erfüllender, aber auch anspruchsvoller: Sieht einfach aus, macht aber viel Arbeit!

gesellschaftliche Verantwortung anbelangt den Sekundarschulen gleichzusetzen ist, nicht mehr zu rechtfertigen. Daher verwundert es auch nicht, dass insbesondere an Grundschulen Leitungsstellen länger als an anderen Schularten nicht besetzt sind oder mehrfach ausgeschrieben werden müssen, weil sich keine BewerberInnen finden.

Ein weiteres Problem sind die geringen Poolstunden für die Entlastung von Lehrkräften, die besondere Aufgaben und Funktionen an Grundschulen übernehmen und diese zum Teil mit hohem zeitlichem Aufwand zusätzlich zu ihrem Deputat erbringen, beispielsweise Krisenteam, Fachkonferenzleitungen, Koordinierungsaufgaben. Anders als an allen anderen Schularten gibt es an Grundschulen neben der Schulleitung auch keine weiteren Funktionsstellen.

Schwierige Arbeitsbedingungen

Viele Grundschulgebäude sind in einem baufälligen Zustand. Vor Jahrzehnten als Provisorium eingerichtete Gebäude wurden sie dauerhaft genutzt und haben ihre Stabilität im Laufe der Jahre eingebüßt. Drei Schulgebäude in Steglitz-Zehlendorf mussten im April gesperrt werden, nachdem StatikerInnen mangelnde Standfestigkeit diagnostiziert hatten. Die teils maroden Gebäude verschärfen die ohnehin erschwerten Bedingungen im Ganztagesbetrieb. Zwar hat der Senat die Misere erkannt und im März noch für das laufende Jahr mehrere Millionen Euro zur Schulsanierung bereitgestellt, aber nun zeigt sich, dass die bezirklichen Hochbauämter überlastet sind und Schwierigkeiten haben, die Mittel zeitnah zu verbauen. Den Schulen aber läuft die Zeit davon! Dabei muss nicht nur die Gebäudesubstanz an vielen

abgehalten werden, ebenso Teamsitzungen und Gesamtkonferenzen. Für die betroffenen PädagogInnen dauert ein solcher Tag dann zehn Stunden und mehr.

Grundschulen müssen gestärkt werden

Der Arbeitsplatz Grundschule ist ein erfüllender, aber auch sehr anspruchsvoller. Die Anforderungen und Belastungen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen, ohne dass seitens der Senatsverwaltung hierauf angemessen reagiert wurde. Die Arbeit der PädagogInnen an Grundschulen wird unter Wert entlohnt. Das trotz der sich stetig verschlechternden Arbeitsbedingungen dennoch hohe Verantwortungsbewusstsein für die anvertrauten Kinder wird auf beschämende Weise von den Regierungsparteien ausgenutzt, indem sie mit Hinweis auf den Landeshaushalt eine Aufwertung der Grundschulpädagogik ablehnen. Dies wird Konsequenzen haben auf die künftige Qualität der Bildung: Nicht nur an den Grundschulen, sondern vor allem im Hinblick auf die Zukunftsperspektive der nachwachsenden Generation. Die Ankündigungen der verantwortlichen BildungspolitikernInnen, die Grundschulen nunmehr in den Fokus zu nehmen und stärken zu wollen, sind bislang nichts als Lippenbekenntnisse. ■

Nuri Kiefer,
Vorstandsbereich Schule



Quellen:

- (1) Angaben der Senatsbildungsverwaltung
- (2) <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/s17-14507.pdf>
- (3) Lehrerpersonalausstattung für 2014 Personelle Ausstattung der Berliner Schulen – Schlussbericht – 40. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12.12.2013, Drs. 17/1400 (II.B.56), Rote Nummer 1547
- (4) http://www.gew-berlin.de/public/media/GEW_BEAS_Kurzfassung.pdf
- (5) <https://beapankow.files.wordpress.com/2010/12/ka16-14864-stellen-fc3bcr-2-konrektoren-an-grundschulen.pdf>



Auf die Haltung kommt es an

Mit einer inhaltlich engagierten Haltung des Kollegiums und einer guten Vernetzung lässt sich Grundschularbeit erfolgreich gestalten. Matthias Meyer, Schulleiter der Grundschule am Stadtpark Steglitz, erläutert im Interview, wie das geht.

Weite Teile der Oberschule wurden in den letzten Jahren erheblich umstrukturiert, Abschlüsse standardisiert, Rahmenrichtlinien verändert und einiges mehr. Dabei wurde immer wieder hervorgehoben, dass die Grundlagen für die gesamte Bewältigung der Bildungsbiografien in der Grundschule gelegt werden. Man erwartet also von den Grundschulen, dass die SchülerInnen beim Übergang auf die Oberschulen die Haltung und das Handwerkszeug mitbringen, um den mittlerweile mit dem europäischen Ausland konkurrierenden SchulabgängerInnen entgegenzutreten zu können. Können die Grundschulen den geforderten Aufgaben gerecht werden? Der Bezirk, in dem die von Matthias Meyer geleitete Schule liegt, steht laut Sozialstrukturatlas 2014 in Berlin an der ersten Stelle.



Das Interview führte Ralf Schiweck

Sehr geehrter Herr Meyer, die Relation SchülerInnen-Lehrkräfte an Grundschulen hat sich von 2003 bis 2014 um 0,5 auf 15,1 verbessert, die Anrechnungsstunden für die Schulleitung an Grundschulen wurden auf maximal 9,5 Stunden erhöht, und die reale Durchschnittsfrequenz ist um 0,4 auf 22,5 gesunken. Reichen diese Maßnahmen aus, um den Kolleginnen und Kollegen an Ihrer Schule Kraft und Motivation zu geben, die Anforderungen zu bewältigen?

Matthias Meyer: Letztlich geht es doch um die Frage, wie sich Schule im Jahr 2015 mit den gegebenen Rahmenbedingungen arrangiert.

Was wollen Eltern für ihre Kinder und LehrerInnen für ihre SchülerInnen? Na klar, die Rahmenbedingungen entscheiden letztlich darüber, wie wir auf sogenannte »Kiezfaktoren«, wie Kinder nicht deutscher Herkunftssprache, lernmittelbefreite und Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf eingehen und diese Kinder fördern können. Auch darüber, wie es uns gelingt, die Eltern bestmöglich zu beraten. Dabei, und das ist wahrlich kein Geheimnis, erwartet man von Schule weitaus mehr als die reine Wissensvermittlung. Dafür brauchen wir angemessene Rahmenbedingungen, die dazu beitragen, das Engagement des Kollegiums zu stützen und zu befördern.

Ohne um den heißen Brei herum zu reden: Mehr geht immer! Unser Handeln wird in allen Bereichen von unseren Erwartungen beeinflusst. Um mit den heutigen Herausforderungen professionell umzugehen, bedarf es meines Erachtens einer entsprechenden Haltung der Schulleitung und des Kollegiums.

Die zentrale Frage, die sich jede Schule zu stellen hat, lautet also: Wie nutzen wir die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen, um bei zumindest gleichbleibender Motivation und vielleicht besserer Gesundheit, unseren Beruf so auszuüben, dass es uns nachhaltig gelingt, den Auftrag von Grundschule adäquat umzusetzen? An der jeweiligen Antwort muss sich jede Schule messen lassen, denn das spiegelt letztlich die Stimmung in einer Schule wider. Ich meine, die Grundstimmung bei uns, in der »Grundschule am Stadtpark Steglitz«, ist einfach gut (lacht überzeugt).

Sie haben an Ihrer Schule auch die »schulbezogene Sozialarbeit« in Form einer Schulstation durch die Mitarbeit eines freien Trägers. Für wie notwendig erachten Sie diese Arbeit?

Matthias Meyer: Ganz klar: Jede Grundschule benötigt Schulsozialarbeit, auch in einem Bezirk mit gutem Sozialstatus. Die Frage knüpft an das von mir eben angesprochene Themenfeld der Ressourcen an. Bedauerlicherweise wird es wohl noch eine Weile brauchen, bis dieser nicht nur von mir geäußerte berechtigende Wunsch in die Ausstattung jeder Grundschule einfließen wird.

An unserer Schule begreifen sich »Schule« und »Schulsozialarbeit« als eingespieltes Team. Wie immer hängt das natürlich von den handelnden Personen und deren Bereitschaft ab, sich unter den gegebenen Bedingungen miteinander zu vernetzen. Hier dient die Zufriedenheit aller Beteiligten als Gradmesser. Die Zusammenarbeit, so wie wir sie bei uns praktizieren, bedeutet eben viel mehr als ein Angebot zu Themenfeldern, wie beispielsweise »Klassentraining« oder »Ausbildung der Konfliktlotsen«. An erster Stelle steht die Beziehungsarbeit und damit einhergehend der Aufbau eines von Vertrauen geprägten Umfeldes, in dem SchulsozialarbeiterInnen gemeinsam mit SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen wirken. Dafür braucht es die entsprechenden Rahmenbedingungen und die Menschen, die sich gemeinsam der Ausgestaltung widmen. Tiefer gehende Angebote, wie akute Streitschlichtung, Meditation, Beratung von SchülerInnen und Eltern, Kooperation mit außerschulischen Partnern sowie die Rückwirkung dieser auf die Schule sind wichtige Faktoren für die Effizienz der Schulsozialarbeit an der Schule.

Und dies ist so einfach umzusetzen?

Matthias Meyer: Dafür bedarf es natürlich auch im Kollegium einer Haltung, die das Handeln unterschiedlicher Professionen in der Schule nicht nur akzeptiert, sondern gleichermaßen als wichtigen und unerlässlichen Baustein für das Funktionieren innerschulischer Prozesse verinnerlicht und als selbstverständlich erachtet.

Als ein gutes Beispiel sehe ich in diesem Zusammenhang unsere kooperative Sprechstunde – LehrerInnen stellen nach Rücksprache und mit Einverständnis der Eltern ein Kind unserer Schule mit seiner Problemgeschichte vor. Sie lassen sich von den

sogenannten »ständigen Mitgliedern«, Schulleitung, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Sonderpädagogik, Beratungs- und Unterstützungszentrum beraten. KollegInnen werden in ihrer Vorgehensweise unterstützt, Eltern fühlen sich ernst- und wahrgenommen, wertvolle Tipps können von KollegInnen mit in die Unterrichtsarbeit genommen werden. All das setzt Vertrauen voraus!

Herr Meyer, Sie sind selbst Sonderpädagoge und stehen dem gemeinsamen Unterricht im Sinne der Inklusion aufgeschlossen gegenüber. Kommen die 2,5 Stunden sonderpädagogischer Förderung je Integrationskind an Ihrer Schule an und ist die Integrationsarbeit damit auskömmlich zu leisten?

Matthias Meyer: Und wieder sind wir bei den Ressourcen und der Frage, wie kann Schule diese Herausforderungen unter den realen Rahmenbedingungen meistern? Ja, na klar, auch wir wollen die Inklusion. Es ist richtig, allen Menschen die Teilhabe am Unterricht zu ermöglichen. Gleichzeitig wollen und brauchen wir dafür tragfähige Bedingungen.

Nehmen wir die Infrastruktur. An unserer Schule könnten wir ein Kind, das im Rollstuhl sitzt, nicht fördern. Das über 100jährige Schulgebäude hat keinen Fahrstuhl. Ende. Gleichzeitig haben wir SchülerInnen, deren Eltern im Rollstuhl sitzen. Was aber haben die Eltern mit Inklusion zu tun? Sehr viel! Diese möchten nämlich an Elternabenden, Projekten, Musikveranstaltungen und vielem mehr teilnehmen. All das geht nicht. Was tun? Wir organisieren Elternabende im Nebengebäude und ich treffe mich mit den betroffenen Eltern im Café um die Ecke. Aber die Musikveranstaltung und die in der Klasse durchgeführte Projektwoche zum Thema »Weihnachten« sind für diese Eltern erreichbar und werden es bis auf Weiteres auch bleiben. Ein Grund, dass Familien überlegen, ihre Kinder woanders anzumelden, was auch geschieht.

Meine Frage zielte eigentlich mehr in Richtung Personalausstattung.

Matthias Meyer: Die »Grundschule am Stadtpark Steglitz« ist keine sogenannte Inklusionsschule. Wir nehmen an keinem Pilotprojekt teil. Aber Integration ist fester Bestandteil im Berliner Schulgesetz und so werden bei uns natürlich auch Kinder mit Handicap gefördert. Rund 25 SchülerInnen mit verschiedenem sonderpädagogischen Förderstatus beschulen wir in diesem Schuljahr, Tendenz steigend. Das sind rund 5,8 Prozent unserer SchülerInnen. Darunter fallen die Förderschwerpunkte »Lernen«, »Emotionale und soziale Entwicklung«, »Körperlich-motorische Entwicklung« und sogar »Geistige Entwicklung«.



► Bekanntlich kommen die jeweils vorgesehenen Förderstunden pro Woche pro Kind bis heute nicht komplett an der Schule an. Wünschenswert wäre, dass sich das schnellstmöglich ändert. Wie man hört, tut sich in diesem Bereich gerade etwas. Ich bin gespannt. Wir verfügen erfreulicherweise über eine Sonderpädagogin im Kollegium. Hätten wir den Anspruch, alle Förderstunden mit SonderpädagogInnen zu besetzen, so würden wir uns vermutlich ständig ärgern, ja zuweilen verzweifeln.

Heißt das aber nun, dass wir uns der Förderung unserer Kinder mit Handicap – und übrigens auch derer ohne Bescheid – nur halbherzig widmen? Nein! Ich behaupte, dass wir dieser Aufgabe mehr als gerecht werden und sie gut erfüllen können. Noch einmal ganz klar: Eine optimal ausgestattete Schule könnte auch anders aufgestellt sein, keine Frage. Aber es ist uns gelungen, unter den gegebenen Bedingungen und mithilfe einer sehr guten unterstützenden Vernetzung unsere SchülerInnen gut zu fördern.

Ressourcen spielen eine sehr wichtige Rolle; die Menschen, die es zu fördern gilt und die Menschen, die diese Förderung planen und durchführen, sind die Protagonisten. Die gilt es, ohne Vorbehalte zu unterstützen und nach Kräften zu motivieren!

Seit einigen Jahren richtet Berlin sogenannte Willkommensklassen ein. An Ihrer Schule haben Sie gerade erstmalig eine solche Klasse eingerichtet. Welche Ziele verbinden Sie damit?

Matthias Meyer: Unsere Grundschule fördert junge Menschen aus insgesamt 44 Nationen. Wir sind ein toller, bunter »Haufen« und ein exzellentes Spiegelbild unseres Kiezes. Nicht nur durch die Medien, auch und insbesondere durch persönlichen Kontakt, erfahren wir, welch unsagbares Leid Familien in unserem direkten Umfeld erfahren haben oder weiterhin in ihrer Heimat erdulden müssen. Wie viele andere Schulen versuchen auch wir für einige Kinder, die aus Kriegs- und Krisenregionen geflüchtet sind und nunmehr versuchen, in unserer Stadt »anzukommen«, eine Lerngruppe einzurichten, die sie unter den gegebenen Umständen und unter Berücksichtigung des jeweiligen Schicksals »willkommen« heißt. Das Ankommen steht dabei im Vordergrund. Wir versuchen mit größtmöglicher Empathie vorhandene Ängste zu nehmen und Brücken zu bauen. Dabei hilft es, die Eltern wenn möglich in den Prozess einzubeziehen. Mit Hilfe eines Sprachkurses für Mütter, der durch die Volkshochschule in unseren Räumlichkeiten organisiert wird, werden Sprachbarrieren abgebaut. Das Lernen der deutschen Sprache ist elementarer Baustein und hilft, weitere Kontakte aufzubauen. Ich freue mich außerordentlich, dass die kurzfristige Eröffnung unserer »Willkommensklasse« von der gesamten Schulgemeinschaft der »Grundschule am Stadtpark Steglitz« befürwortet wird. Jedes einzelne Kind ist es wert!

Herr Meyer, ich danke Ihnen für das Gespräch. ■



Deutsch und Mathe sind ein Muss

Die Ausbildung von Grundschullehrkräften erfolgt in Zukunft in drei Fächern und somit auf breiterer Basis.

von Silke Pflüger und Kathrin Glowinski

Von vielen Beteiligten wurde eine eigene Grundschulausbildung gewünscht, durch das Lehrkräftebildungsgesetz ist sie nun notwendig geworden und bringt einige Veränderungen mit sich. Diese sollen hier vorgestellt werden.

Laut Verordnung über den Vorbereitungsdienst und die Staatsprüfung für Lehrämter (VSLVO), die für alle LehramtsanwärterInnen des Berliner Vorbereitungsdienstes gilt, die ab August 2014 die Ausbildung begonnen haben bzw. beginnen werden, umfasst die veränderte Ausbildungszeit für den Bereich Grundschule nun 18 Monate wie für alle anderen Lehrämter auch. Die größte inhaltliche und organisatorische Änderung betrifft die Zuordnung von Fachseminaren. Die Fächer Deutsch und Mathematik sind obligatorisch. Ein weiteres studiertes Fach

kommt ergänzend hinzu. Daraus folgt, dass die LehramtsanwärterInnen (LAA) auch drei Fachseminare von je zwei Stunden Dauer in jeder Woche absolvieren müssen. Dies greift die Ausbildung an den Universitäten im Fach Grundschulpädagogik auf und ist günstig für den breiten Einsatz der zukünftigen KollegInnen an den Grundschulen. Gerade Deutsch und Mathematik sind die Fächer, die mit einem hohen Umfang in der Studententafel vertreten und oft mit der Funktion Klassenleitung verbunden sind.

Die Veränderungen bedeuten Herausforderungen, bieten aber auch Chancen

In zweifacher Hinsicht bedeutet dies aber auch einen erhöhten Aufwand für die LAA und hat Auswirkungen auf die Organisation in den Schulen. Zum einen müssen die LAA meistens einen Anstieg des zeitlichen Umfangs für Fahrwege in Kauf nehmen. Und

auch die Verantwortlichen für den Stundenplan müssen hier hohe Flexibilität und Kreativität beweisen. Zum anderen ist die Anzahl der Unterrichtsbesuche gekoppelt an die Fachseminare. Somit sind für LAA des Bereiches Grundschule 15 Unterrichtsbesuche verbindlich, während für das Lehramt an ISS/Gymnasium nur zehn Besuche verpflichtend sind. In der unterrichtspraktischen Prüfung werden aber weiterhin nur zwei Prüfungsstunden gezeigt, wobei die LAA wählen können, in welchen zwei der drei möglichen Fächer sie geprüft werden möchten.

Für die Fachseminare zieht die veränderte Ausbildung in drei Fächern eine Aufstockung der Fachseminarplätze in Deutsch und Mathematik nach sich. Drastisch ist der Bedarf an Fachseminarleitungen im Fach Mathematik.

Außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Mittel. Sicher gibt es in Berlin Lehrkräfte, die sich dieser Herausforderung stellen könnten, jedoch noch nicht eine solche Tätigkeit in Erwägung gezogen haben. Interessierte KollegInnen melden sich bitte direkt bei den Schulpraktischen Seminaren des Grundschulbereiches.

Die zukünftige Prüfungskommission umfasst nur noch vier statt wie früher sechs Mitglieder. Diese sind weiterhin zwei Fachseminarleitungen und die Schulleitung der Ausbildungsschule. Nicht mehr berufen werden die Leitung des Schulpraktischen Seminars, dem der oder die LAA angehört, sowie die Vertretung der Lehrkräfte. Die größte Veränderung betrifft aber den Vorsitz der Prüfungskommission. Dieser wird entweder durch die Leitung eines anderen Schulpraktischen Seminars, eine fremde Schulleitung oder ein Mitglied der zuständigen Senatsverwaltung übernommen. Als Ergebnis der Veränderung wird sowohl der organisatorische Aufwand verringert als auch ein externer Blick auf die Prüfungssituation sichergestellt. Viele KollegInnen sowie LAA bedauern dennoch, dass die zuständige Seminarleitung in der unterrichtspraktischen Prüfung nicht mehr beteiligt ist. Die Funktion der Lehrkräftevertretungen ist für eine vielleicht auch längere Übergangphase notwendig, da es parallel einige LAA mit älteren Versionen der Ausbildungsordnung gibt, in deren Prüfung sechs Mitglieder vorgeschrieben sind.

Die veränderte Ausbildung bietet allen AkteurInnen die Möglichkeit, die Seminare passgenau auf das spätere Tätigkeitsfeld Grundschule abzustimmen. Trotz Bildung reiner »Grundschulseminare« lassen Quereinstieg, Teilzeitmodelle und Unterbrechung beispielsweise durch Elternzeit für die LAA individuelle Gestaltungsvarianten zu. In diesem Zusammenhang kommt den Seminarleitungen eine besondere Funktion in Bezug auf Beratung und Unterstützung zu.

Im Vergleich zu früheren Jahren ist die Anzahl der Bewerbungen im Bereich Grundschule stark rückläufig. Der Bedarf an ausgebildeten LehrerInnen in den sogenannten Mangelfächern ist außerordentlich hoch, wodurch den QuereinsteigerInnen und den berufsbegleitenden Auszubildenden erhöhte Aufmerksamkeit zukommt. Hier ist positiv hervorzuheben, dass den Schulen für die QuereinsteigerInnen

DIE NEUE GRUNDSCHULAUSSCHULUNG AUS SICHT DER GEW

Das Grundschullehramt war gewollt – nicht aber von der GEW BERLIN! Schon vor der Novellierung des Lehrkräftebildungsgesetzes haben wir darauf gedrungen, dass es bei einer Lehrbefähigung von Klasse 1 bis 10 bleibt. Leider ohne Erfolg. Vom Autor der damals durch die Senatsbildungsverwaltung beauftragten Expertise bis zu den Lehrenden der Grundschulpädagogik sahen alle in dem neuen Lehramt eine Stärkung der Grundschule. Auch wenn es natürlich Vorteile hat, wenn Grundschullehrkräfte eine möglichst breite Ausbildung haben, die Nachteile machen das Grundschullehramt noch unattraktiver. Das ist fatal in Zeiten des Lehrkräftemangels. Studierende, die ihr Studium noch zu Zeiten des »Einfach-Lehramts« mit der Lehrbefähigung von Klasse 1 bis 10 begonnen haben und nun ins neue Grundschullehramt kommen fühlen sich – zu Recht – getäuscht. Über kurz oder lang werden sich junge Menschen vermutlich eher für eine Ausbildung zur Oberschullehrkraft statt für das Grundschullehramt entscheiden. Einen Arbeitsplatz an der Grundschule werden sie in den nächsten Jahren sicher angeboten bekommen. Dann sogar mit der besseren Bezahlung. Ob sich die Experten das so gedacht haben, bleibt dahingestellt.

Laura Pinnig, Vorstandsbereich Hochschule und Lehrkräftebildung

zwei MentorInnenstunden zugewiesen werden. Die Bedeutung der MentorInnen kann an dieser Stelle gar nicht genug hervorgehoben werden, denn sie sind diejenigen, die die konkreten Beratungshinweise im Schulalltag und Unterstützung geben können.

Die neue Verbundausbildung

Über die Veränderungen durch die VSLVO hinaus findet eine umfassende Neuorganisation des Berliner Vorbereitungsdienstes statt, der durch die Hausstrukturreform der Senatsverwaltung angestoßen wurde. Jeweils drei Bezirke werden zu einem Verbund zusammengefasst. So sollen die Fahrwege für alle Beteiligten verringert und die Zusammenarbeit innerhalb der Verbünde intensiviert werden. Abschließend lässt sich sagen, dass die Verlängerung der Ausbildungszeit im Vergleich zu der einjährigen Ausbildung für LAA mit Masterabschluss unbedingt zu begrüßen ist und dass die Verbindlichkeit von Deutsch und Mathematik in der Ausbildung die zukünftigen KollegInnen im professionellen beruflichen Handeln stärkt. Wie sich die organisatorischen Aspekte auswirken werden, wird sich in der Praxis zeigen. ■



Silke Pflüger (links) und Kathrin Glowinski sind Seminarleiterinnen für den Bereich Grundschule





Podiumsdiskussion auf dem GEW-Fachtag zum Bonusprogramm am 16. März 2015 im GEW-Haus. Auf dem Podium von links nach rechts: Stefanie Remlinger (Bündnis90/Grüne), Nuri Kiefer (GEW), Marianne Voelske (Moderation, GEW), Regina Kittler (Die Linke) und Dennis Buchner (SPD).

FOTOS: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSIFOTO.DE

Sand in die Augen

Kann das Bonusprogramm eine Rettung für die Bildungsgerechtigkeit sein?

von Sibylle Recke

Bonusprogramm! Schon die Sprache ist verräterisch, leuchtet mit dem Begriff des Bonus doch ein Begriff auf, der aus dem Börsenkapitalismus kommt. Er suggeriert eine Kundenbelohnung, die wir zum Beispiel bekommen, wenn wir sehr selten zum Arzt gegangen sind. Das Bonusprogramm ist jedenfalls ein Konstrukt, das mit großem medialen Wind der Öffentlichkeit im November 2013 suggerierte, dass hier eine Problemlösungsstrategie für die soziale Entmischung von Schulen gefunden sei.

Zur Orientierung: Rund 30 Prozent aller Berliner Schulen sind per Definition Brennpunktschulen. Das bedeutet, sie haben überdurchschnittlich viele Familien, die vom Jobcenter abhängig sind und die dazu gegebenenfalls auch nicht Deutsch als Muttersprache hatten. Von rund 600 Schulen (ohne Gymnasien) gibt es gegenwärtig 220 dieser Schulen. Damit ist im Schulbereich die Zweidrittel-Gesellschaft angekommen. Diesen Schulen wird also schon per Ausgangslage ein Entwick-

lungsbedarf unterstellt. Dennoch wurden gerade ihnen immer mehr Personalmittel aus der Regelfinanzierung entzogen: Förderstunden, Sprachförderung, sonderpädagogische Förderung.

Keine Verlässlichkeit

An dem folgenden Beispiel lässt sich sehr gut eine allgemeine politische Struktur im Bildungsbereich aufzeigen. Alle Brennpunktschulen sollen in den kommenden fünf Jahren mit einem sogenannten Bonusprogramm bedacht, oder vielleicht besser ausgedrückt, abgespeist werden. Je nachdem wie hoch die Quote ihrer prekären SchülerInnenenschaft ist, sind auch die Bonusprogrammmittel gestaffelt. Dieses Programm soll nun korrigieren, was bei der Segregation von Schulen alles schief gegangen ist und ihnen auch sonst in den letzten Schuljahren gezielt und beabsichtigt weggenommen wurde. Arbeitet eine Schule erfolgreich und bekommt wieder eine mehr gemischte SchülerInnenenschaft, dann werden ihr diese Mittel nach einem Jahr gleich wieder entzogen. In einem Zeitrahmen, der für

eine nachhaltige pädagogische Arbeit die Länge eines Wimpernschlags darstellt.

Das Bonusprogramm ist also keineswegs als Regelfinanzierung gedacht, und dies ist der pädagogischen Zeitstruktur vollkommen fremd. Untersuchungen in der Schweiz zeigen, dass Schulveränderungen oft viele Jahre benötigen, wenn sie über eine Beabsichtigungs- und Oberflächenstruktur hinauskommen sollen. Aber bei diesem Programm sollen schnellstmöglich Erfolge nachgewiesen werden, man muss evaluieren, man kann sogar Sonderzahlungen für Sonderleistungen bekommen, »BonusBoni«.

Das Bonusprogramm ist ein fragiles Konstrukt, das den Kollegien und Schul-



GEW-Fachtagung zum Bonusprogramm

leitungen eine gehörige Portion Mehrarbeit abverlangt. Um in die Geheimnisse von Anträgen und Abrechnungen eingeweiht zu werden, waren SchulleiterInnen dazu aufgefordert, an Spezialseminaren teilzunehmen. Sie werden damit immer mehr in eine Art betriebswirtschaftlich orientiertes Management hineingebracht, das nichts mit der pädagogischen Profession oder dem LehrerInnenberuf zu tun hat. Vielleicht ist dies aber strukturell betrachtet auch beabsichtigt. Hörte man nicht schon von Zukunftsvisionen, BetriebswirtInnen für Schulleitungsstellen anzuvisieren? Ich hoffe, dass diese Vision niemals Wirklichkeit werden wird.

Aus Kürzungsmitteln wird ein Bonusgeschenk

Ich möchte im Folgenden noch genauer aufzeigen, dass das Bonusprogramm ein Lehrstück der gegenwärtigen neoliberalen Öffentlichkeitsdramaturgie ist und wie dem Bonus das Schlechte, der Malus eingeschrieben ist, der der Öffentlichkeit aber eher verborgen bleibt.

Im Schuljahr 2012/2013 wurden den Berliner Grundschulen 185 sonderpädagogische und 50 weitere Vollzeitstellen mit einem Federstrich entzogen. Vermutlich frei nach dem Motto: Altmodische SonderschullehrerInnen brauchen wir in Zeiten der Inklusion ohnehin nicht mehr. Dieser Entzug entspricht einer geschätzten Einsparsumme von mindestens 14 Millionen Euro pro Schuljahr. Ein Jahr später wurde dann sehr medienwirksam allen sogenannten Brennpunktschulen ein »Sondergeld« wieder zugeführt. Elf Millionen davon entsprechen ungefähr dem Bonusmittelvolumen. Anders gesagt: Nachdem den Grundschulen Millionen entzogen wurden, bekommen im nächsten Schuljahr alle Brennpunktschulen ein öffentlichkeitswirksames Supergeschenk zurück. Diese Summen gibt es dann aber nur noch für besondere Anstrengungen, die alle mit zu diesem sagenhaften Programm gehören. Es ist ein Paradebeispiel dafür, wie Arbeitsplätze ausgelagert und umgewandelt werden und dabei eine Struktur installiert wird, durch die das ausgedünnte System der Festangestellten auch noch ein gehöriges Beiwerk an vorher berufsfremden Aufgaben bekommt. Dabei werden feste Stellen in ungesicherter prekärer umgewandelt und keine sozial abgesicherten neuen Stellen geschaffen. Die eingesparten 235 Stellen fanden im öffentlichen Diskurs nachweislich keine

Erwähnung. Der Öffentlichkeit aber zu suggerieren, man habe etwas Zusätzliches als Bonus neu und großartig verschrenkt, kommt einem politischen Geniestreich gleich. Das ist ein echter Meilenstein der gegenwärtigen Koalition, der sicher im kollektiven Gedächtnis haften bleiben wird.

Mit großem Medientamtam quasi ein verborgenes Nullsummenspiel zu spielen, das nennt man eine Politperformance. Wenn dann dieses Bonus-Anstrengungsprogramm in sechs Jahren beendet werden könnte, kann man in dessen Windschatten auch noch ein beachtliches Supersparvolumen erzeugen.

Massiver Mittelentzug, Personalabbau, Aufgabenaufblähung, so sieht die gegenwärtige Situation in der Berliner Schule aus. Dazu wird uns ständig das neoliberale Mantra vorgesungen: Wenn wir uns nur alle schön gemeinsam anstrengen, wenn wir nur alle immer noch mehr arbeiten, dann können wir alle die Besten werden. Nur ein bisschen gemeinsamer Anstrengung bedarf es, inbegriffen ist dabei ganz selbstverständlich Mehrarbeit. Das ist schon schlimm genug. Tragisch an dem Ganzen ist leider nur, dass dieses System gar nicht vorsieht, dass alle gut werden. In einem Wettbewerbssystem will das keiner – schließlich würde sich das System ja damit selbst abschaffen.

Was kommt danach?

Was passiert aber mit uns als Berufsstand, wenn wir uns kritisch äußern, falls wir jemals noch die Zeit dafür finden? Wir gelten in der Regel als die ewig Gestrigen, die wieder mal nicht verstanden haben, wie dringend gerade der nächste Modernisierungsschub ist, den wir egoistisch abwehren. Wir sind schlicht BesitzstandswahrerInnen und ModernisierungsverweigererInnen. Wir gelten immer noch als die faulen Säcke der Nation ...

Weitere Materialien zum Thema Bildungsfinanzierung unter www.alternative-wirtschaftspolitik.de/termine/event_26210.html

Sibylle Recke, Vorsitzende der Fachgruppe Grundschulen der GEW BERLIN



Zeugniserstellung leicht gemacht!

Schon wieder neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Schulanfangsphase, Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule und die Gemeinschaftsschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibearbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30,-	40,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen. Sonderformulare sind nach Absprache möglich.

Alle Informationen und Bestellmöglichkeiten unter

www.gew-berlin.de/zeugnis.php

Bestellschein: siehe Seite 29

Altersarmut garantiert

Auf zwei »Rentenabenden« haben Berliner VolkshochschuldozentInnen, MusikschuldozentInnen und die AG der Lehrbeauftragten der GEW BERLIN über ihre Altersversorgung diskutiert.

von Linda Guzzetti

Bei der ersten Veranstaltung klärten wir die Frage, welche Merkmale genau eine selbständige Tätigkeit aufweist. Zuerst ging es um die Abgrenzung von Selbstständigkeit und Beschäftigungsverhältnis nach dem Sozialgesetzbuch. Das liegt vor, wenn die Tätigkeit nach Weisungen erfolgt und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers geschieht. Wie einige KollegInnen sofort bemerkt haben, trifft diese Beschreibung auf unsere Arbeit als VHS-DozentInnen und Sprachlehrbeauftragte voll zu. Leider haben Gerichtsurteile seit Jahrzehnten festgelegt, dass die Arbeit in der Weiterbildung »freiberuflich« ist. Das scheint uns absurd, da wir einer ganzen Reihe von Weisungen unterliegen.

Nachdem der Referent Richard Rath erklärt hatte, was eine Statusfeststellung ist, berichteten mehrere KollegInnen, dass die meisten Statusfeststellungen trotz Unterstützung der Gewerkschaften keinen Erfolg gehabt haben. Zudem war die Erfahrung eines Feststellungsverfahrens, über das eine Musikdozentin berichtete, extrem deprimierend, da das Gericht offensichtlich das Problem nicht erkennen wollte. Auf die Frage, ob die Beitragspflicht für alle Honorarlehrkräfte gelte, antwortete Rath, dass es Ausnahmen gebe: Wer weniger als 450 Euro im Monat (geringfügig) verdiene, wer eine versicherungspflichtige ArbeitnehmerIn beschäftige, wer das Alter der Regelrente erreicht habe oder wer ein Praktikum während des Studiums absolviere.

Rath legte eine Rechnung darüber vor, wie viele Jahre eine DozentIn bei dem gegenwärtigen Rentensystem unterrichten muss, bis sie eine Rente über dem Minimum erreicht. Nach seiner Berechnung wären 728 Euro (= Grundsicherungsniveau) erreicht, wenn rund 2.000 Euro brutto im Monat für 35 Arbeitsjahre verdient wurden. Nicht nur dies, sondern auch die Höhe der Versicherungsbeiträge für die Rente und die Krankenkasse ist für die Honorarlehrkräfte besorgniserre-

gend: Bei Einnahmen in Höhe von 2.000 Euro brutto im Monat betragen die Kosten der Sozialversicherung etwa 700 Euro (18,9 Prozent gesetzlicher Rentenversicherung, 14,6 Prozent gesetzlicher Krankenversicherung). Zudem wird die Krankenversicherung nicht auf der Basis der realen Einnahmen, sondern auf einer angenommenen Mindestbeitragsbemessungsgrundlage von 2.126,25 Euro berechnet, die auf 1.417,50 Euro für diejenigen reduziert wird, die Hartz-IV-berechtigt sind.

Das Rentenniveau ist seit 1992 ständig gesunken

Im Mittelpunkt des Abends mit Markus Kurth, MdB und Rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion *Bündnis 90/Die Grünen*, stand zunächst ein Überblick über die Entwicklung der Rentenreformen: Seit 1992 hätten diese dazu geführt, dass das Rentenniveau gesunken sei und nunmehr nur noch bei etwa 44 Prozent des Nettoeinkommens liege. Die Einführung der Riesterrente ab 2001 sollte diese Abwärts-Entwicklung durch private Vorsorge abfedern. Das ist aber nach Darstellung von Kurth nicht gelungen. Die politisch erhoffte breite Inanspruchnahme fand nicht statt und die Riesterrente sei kein Erfolgsmodell gegen Altersarmut.

Die Grundsicherung beträgt laut Kurth in teuren Städten etwa 780 Euro, in Berlin etwa 680 Euro. Bei der Grundsicherung wird die Bedürftigkeit geprüft, sodass man sie nur dann bekommt, wenn man fast kein Vermögen hat und keine gut verdienende LebenspartnerIn. Zudem haben viele Honorarlehrkräfte – und auch andere GeringverdienerInnen – als Rente nach einem langen Arbeitsleben weniger zu erwarten als die Grundsicherung. Damit gerate die Rentenversicherung unter politischen Legitimationsdruck und müsse verbessert werden, so Kurth.

Die von der Bundesregierung ab 2017 geplante »solidarische Lebensleistungsrente« solle erst ab 40 Beitragsjahren für GeringverdienerInnen (mit weniger als 30 Rentenentgeltpunkten) gelten und betref-

fe damit nur 1 Prozent aller RentnerInnen. Voraussetzung dafür ist zudem eine zusätzliche private Altersvorsorge. Unser Fazit ist, dass sie auf die meisten Honorarlehrkräfte nicht zutrifft.

Viele offene Fragen bei der Altersversorgung

Das Konzept der Grünen sieht eine Garantierente von 850 Euro pro Monat für Menschen mit 30 Jahren Rentenversicherungszeit (nicht Beitragszeit), die Anerkennung von bis zu zehn Jahren für Kindererziehung sowie faire und flexible Übergänge in die Rente zwischen 60 und 67 Jahren vor. Wichtig für die Honorarlehrkräfte wäre, dass auch die Selbständigen einbezogen würden und dass die Arbeitgeber/Auftraggeber ihren Anteil zahlen würden.

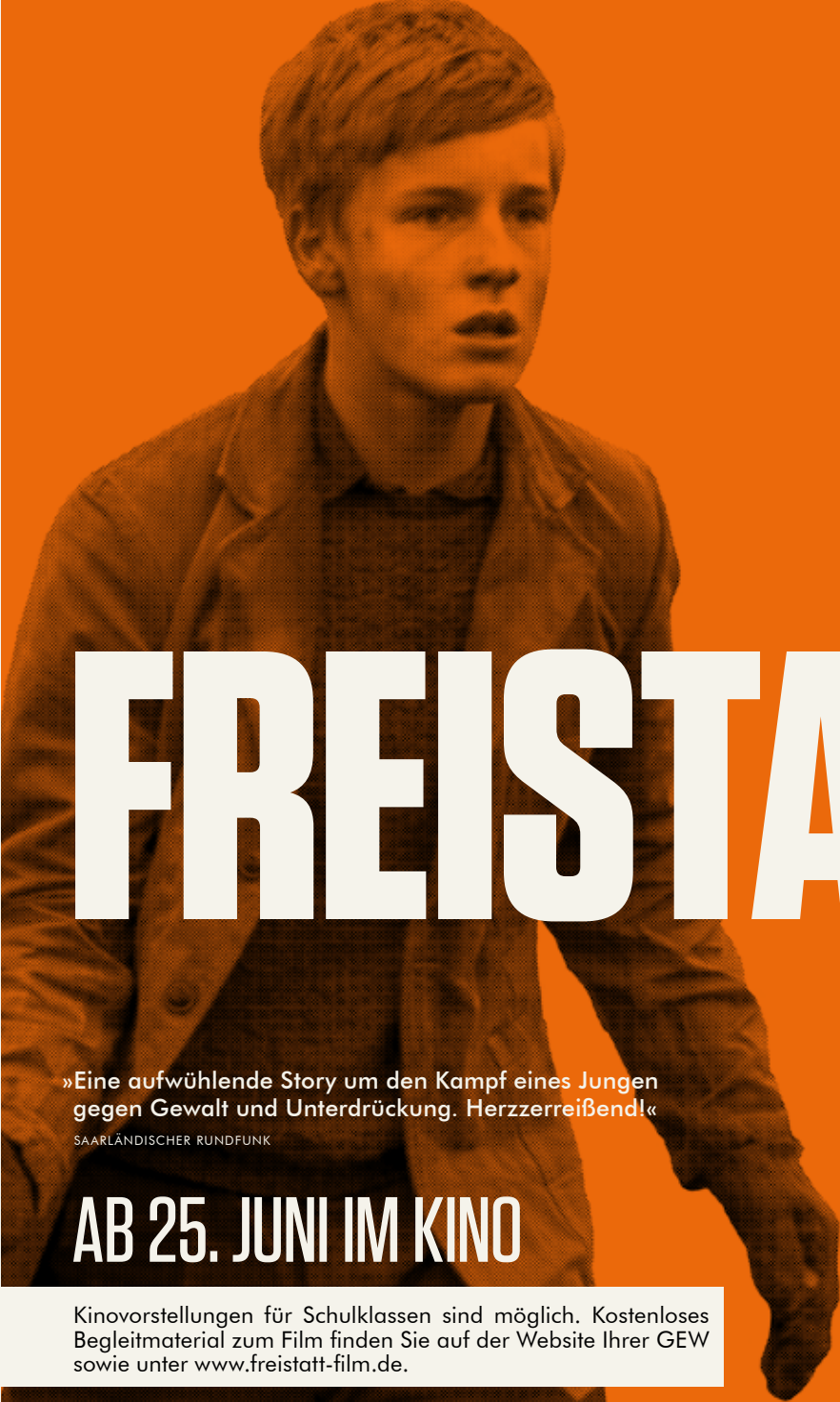
Nach diesen zwei Abenden bleiben für uns OrganisatorInnen viele Fragen offen: Wir haben viel über das Rentensystem gelernt, aber unsere Lage scheint uns unter den gegenwärtigen Umständen hoffnungslos. Daher wundert es nicht, dass viele KollegInnen die Rentenbeiträge nicht bezahlen, obwohl sie wissen, dass sie beitragspflichtig sind, und außerdem in einer gesetzwidrigen Lage ungenügend leben. Aber sie haben weder gegenwärtig das Geld für die Rentenbeiträge noch eine Erwartung auf eine angemessene Rente.

Es bestätigt sich, dass unser Hauptproblem die niedrigen Honorare sind, die knapp zum Leben reichen, aber in der Regel keine Vorsorge für das Alter ermöglichen. In den kommenden Monaten wollen wir mit einer Reihe von Aktionen dieses Thema in die öffentliche Diskussion einbringen. ■

Linda Guzzetti, Abteilung
Wissenschaft



... UND WENN DU NICHT ARTIG BIST, KOMMST DU INS HEIM!



LOUIS HOFMANN
ALEXANDER HELD
STEPHAN GROSSMANN
KATHARINA LORENZ
MAX RIEMELT
UWE BOHM

IN EINEM FILM VON
MARC BRUMMUND

FREISTATT

»Eine aufwühlende Story um den Kampf eines Jungen gegen Gewalt und Unterdrückung. Herzerreißend!«

SAARLÄNDISCHER RUNDFUNK

AB 25. JUNI IM KINO

Kinovorstellungen für Schulklassen sind möglich. Kostenloses Begleitmaterial zum Film finden Sie auf der Website Ihrer GEW sowie unter www.freistatt-film.de.



LOUIS HOFMANN ALEXANDER HELD STEPHAN GROSSMANN KATHARINA LORENZ MAX RIEMELT UWE BOHM ENNO TREBS LANGSTON UIBEL ANNA BULLARD JUSTUS ROSENKRANZ
OLE JOENSSON MEGAN GAY ANOUK BÖDEKER LEONARD BOES FRANZ ANTON KROSS KATHARINA SCHÜTZ HENDRIK VON BÜLTZINGSLÖWEN HANS PETER KORFF

BUCH NICOLE ARMBRUSTER, MARC BRUMMUND BILDGESTALTUNG JUUTH KAUFMANN DVEY SCHNITT HANS FUNCK ORIGINALTON MATTHIAS HAEB SOUNDDSIGN ANDRÉ ZACHER, CLEMENS BECKER MISCHUNG FLORIAN BECK, ANDRÉ ZACHER SZENEWELT CHRISTIAN STRANG KOSTÜMWELT CHRISTIAN BINZ
MASKE DANABIELEL MUSIK ANNE NIKITIN CASTING MARION HAACK HERSTELLUNGSELEKTION MONIKA KINTNER PRODUKTIONSLEITUNG JANINE HAHMANN REDAKTION STEFANIE GROSS SWR, BARBARA HÄBE ARTE, GÖTZ SCHMIED SWR, CHRISTIAN BAUER SR PRODUZENTEN RUDIGER HEINZE, STEFAN SPORBERT
EINE ZUM GOLDENEN LAMM FILMPRODUKTION IN KOPPRODUKTION MIT SWR, WDR, SR, NDR, ARTE GEFÖRDERT VON MFG, DFF, BKM, FFHS, FFA, NORDMEDIA REGIE MARC BRUMMUND IM VERLEIH DER EDITION SALZGEBER - WWW.SALZGEBER.DE



Warnstreikkundgebung der Gewerkschaften GEW, ver.di, GDP und IG BAU in der Tarifrunde 2015 des öffentlichen Dienstes der Länder in Berlin am 26. März 2015 auf dem Gendarmenmarkt.

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Gutes Tarifergebnis, aber ohne Entgeltordnung für Lehrkräfte

Beitragsanpassung erfolgt zeitgleich mit den Gehaltserhöhungen.

von Peter Baumann

Die Tarifverhandlungen 2015 sind vorbei. Sie waren zäh und haben sich lange hingezogen. Erst nach mehreren massiven Warnstreiks gab die Arbeitgeberseite ihre Blockadehaltung auf, und es kam zur Einigung. Allein in Berlin machten fast 30.000 ihrem Unmut Luft und gingen auf die Straße. Die GEW BERLIN hat dabei an allen Streiktagen den weitestgrößten Teil der Streikenden gestellt.

Nach langen Diskussionen hat sich die Position der GEW BERLIN in der Bundestarifkommission (BTK) in der Frage der Eingruppierung der Lehrkräfte durchgesetzt. Die BTK der GEW hat das »Angebot« der Arbeitgeber zur Eingruppierung der Lehr-

kräfte mit einer breiten Mehrheit abgelehnt! Die Arbeitgeber bestanden bis zuletzt darauf, ausschließlich ihre Position durchzusetzen. Mit der Ablehnung wurden zudem beabsichtigte Verschlechterungen für die Beschäftigten im Land Berlin verhindert. Die Ausgangssituation in Berlin ist nun klar. Es besteht keine Friedenspflicht. Wir können in Berlin nun wieder für unsere Forderungen für eine Entgeltordnung für Lehrkräfte (L-EGO) agieren. Hier nun die für den Bereich der GEW BERLIN wichtigsten Ergebnisse der Tarifverhandlungen:

- Die Entgelte erhöhen sich in einem ersten Schritt ab dem 1. März 2015 um 2,62 Prozent, denn gleichzeitig mit den 2,1 Prozent dieses Tarifergebnisses steigen die Berliner Gehälter von 98 Prozent auf 98,5 Prozent der TV-L-Tabelle.

- Ab dem 1. März 2016 gibt es 2,3 Prozent mehr, mindestens aber 73,88 Euro.
- Die Entgelterhöhungen erhalten auch die Beschäftigten mit einer individuellen Zwischen- oder Endstufe.
- Darüber hinaus erhöhen sich auch die Besitzstandszulagen um die oben genannten Prozente.
- Für Lehrkräfte, die unter den §20 TVÜ-L fallen, erhöht sich das Tabellenentgelt zum 1. März 2015 um weitere 6,98 Euro (ab Entgeltgruppe 9) beziehungsweise um 6,21 Euro (bis Entgeltgruppe 8) und zum 1. März 2016 um weitere 7,09 Euro beziehungsweise 6,31 Euro monatlich.

Mit den vereinbarten Entgelterhöhungen wird Berlin ab dem 1. März 2015 mit einem Bemessungssatz von 98,5 Prozent noch 1,5 Prozent unter dem Entgeltniveau der anderen Bundesländer liegen.

Spätestens im Dezember 2017 werden dann Entgelte wie in den anderen Bundesländern gezahlt.

Noch steht nicht fest, wie lange die Verwaltung benötigt, um die Erhöhung in die entsprechende Software einzupflegen. Auf jeden Fall wird es dann auch die entsprechenden Nachzahlungen für die Zeit ab März geben. Auch die GEW BERLIN wird mit ihren satzungsgemäßen Beitragsanpassungen solange warten, bis die Erhöhung gezahlt wurde.

Mit der evangelischen Kirche wurden die gleichen Gehaltssteigerungen vereinbart. Für die dort Beschäftigten erfolgt die erste Erhöhung im Juni 2015. Das gilt natürlich auch für die Beitragsanpassung.

Einigung zur Renten-Zusatzversorgung für den Bereich der TdL

Ein weiterer Angriff der ArbeitgeberInnen konnte dank der Warnstreiks zurückgewiesen werden, denn sie wollten eine deutliche Erhöhung der ArbeitnehmerInnenbeiträge zur VBL-Umlage durchsetzen. Übrig geblieben ist ein minimaler Anstieg, der in Ost und West unterschiedlich ausfällt, weil die rechtlichen Grundlagen deutlich voneinander abweichen. So wird im Vorfeld einer Änderung des Tarifvertrages zur Altersversorgung (ATV) im Zuge der Redaktionsverhandlungen dieser Tarifrunde zunächst ein Zusatztarifvertrag zum ATV vereinbart.

In diesem wird ergänzend zum beziehungsweise abweichend vom ATV Folgendes geregelt: In der VBL-West werden neben dem ArbeitnehmerInnenbeitrag zur

Umlage von derzeit 1,41 Prozent jeweils ab dem 1. Juli zusätzlich

- 0,2 Prozent in 2015
- 0,3 Prozent in 2016 und
- 0,4 Prozent im Jahre 2017 erhoben.

Der zusätzliche ArbeitnehmerInnenbeitrag zur Umlage wird zunächst angespart mit dem Ziel, die biometrischen Risiken zu finanzieren. Die Anhebung des Beitrags gilt entsprechend für Beschäftigte im Abrechnungsverband Ost der VBL, für die der Umlagesatz West maßgeblich ist. In der VBL-Ost wird der ArbeitnehmerInnenbeitrag zur Kapitaldeckung von derzeit 2,0 Prozent wie folgt erhöht: Jeweils ab 1. Juli auf

- 2,75 Prozent in 2015
- 3,50 Prozent in 2016 und
- 4,25 Prozent im Jahre 2017.

Der Arbeitgeberbeitrag in die Kapitaldeckung der VBL-Ost bleibt bei 2,0 Prozent.

Alles zusammengenommen ist das ein gutes Tarifergebnis, das nicht zuletzt mit den massiven Warnstreiks erreicht wurde. Allen KollegInnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Insbesondere die GEW hat auf diese Weise deutlich in der Öffentlichkeit Präsenz gezeigt. ■

Siehe zum Thema L-EGO auch Seite 24.

Peter Baumann Schatzmeister der GEW BERLIN



Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender 2015/2016



Frisches Design, hoher Nutzen, unschlagbar günstiger Preis: Der Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender 2015/2016.

In Kooperation mit dem GEW-Landesverband Sachsen bieten wir auch in diesem Jahr wieder für unsere Mitglieder den Kalender im Format DIN A5 zum Preis von nur 5 Euro an. Versandkosten zuzüglich. Der Kalender wird ab Anfang Juni ausgeliefert.

Bestellungen ab sofort per Mail, Fax oder über das Internet. Detaillierte Informationen zum Kalender und das Bestellformular findet man auf der Internetseite:

www.gew-berlin.de/lehrerkalender.php

GEW-KALENDER FÜR DAS SCHULJAHR 2015/2016

Alle Bestellmöglichkeiten gibt es auch im Internet unter www.gew-berlin.de/kalender.htm

GEW-KALENDER 2015/2016: JA, DEN WILL ICH HABEN!

- Ich hole die Kalender für meine KollegInnen in der Geschäftsstelle ab.
- Ich möchte einen »Berliner Schulkalender« (DIN A 6) zugeschickt bekommen
- Ich bestelle den »Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender« (DIN A 5) auf Rechnung zum Sonderpreis für Mitglieder von 6,50 Euro (inkl. Versand).

Name, Vorname: _____

Schule: _____

Adresse: _____

Datum, Unterschrift: _____

Zwei unterschiedliche Kalender für das kommende Schuljahr.

- Den »Berliner Schulkalender« (das ist der kleine gelbe Kalender im Format DIN A 6 für die Ringbuchhülle) erhalten weiterhin alle Mitglieder im Schulbereich kostenlos von ihren Vertrauensleuten.
- Mitglieder an Schulen, an denen diese Verteilung nicht gesichert ist, bekommen den Kalender nicht automatisch zugeschickt; sie müssen ihn bei uns mit diesem Formular oder anfordern unter www.gew-berlin.de/schulkalender.php
- Der »Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender« (das ist der größere Kalender im Format DIN A 5) kann ebenfalls mit diesem Formular bestellt werden, er kostet für Mitglieder 5 Euro bei Abholung bzw. 6,50 Euro inklusive Versand. Bestellung auch über www.gew-berlin.de/lehrerkalender.php

Je größer die Runde, desto eckiger die Gespräche

Der Landesvorstand der GEW Berlin beschäftigte sich in einer Klausur mit den Grundsätzen seiner Arbeit.

von *Caroline Muñoz del Rio*

Laut Stimmen und schlechte Stimmung, diese zwei Merkmale traten im letzten Jahr leider häufiger einmal im Landesvorstand (LV) der GEW Berlin auf.

Kein Wunder vielleicht, wenn man bedenkt, unter welchen Bedingungen wir einmal im Monat zusammenkommen: montagabends, nach einem für viele schon langen Tag, von 18 bis häufig 22 Uhr, in diesem schlauchförmigen Raum 31/32 in der Geschäftsstelle, der dazu führt, dass eine Runde keine Runde mehr ist, da sich gut ein Drittel der Anwesenden kaum sehen kann. Höchste Zeit, sich einmal die Zeit zu nehmen, um sich in Ruhe und angenehmerer Atmosphäre auszutauschen. An einem sonnigen Donnerstagmorgen Ende April traf sich der LV in der Werkstatt der Kulturen in Neukölln zur eintägigen Klausur. Das erste Mal übrigens seit fast 30 Jahren.

Abgesehen von der Sonne begann der Tag weiterhin vielversprechend, da uns die Vorsitzenden mitteilen konnten, dass die Mitgliederzahlen der GEW Berlin erstmalig die 25.000 überschritten hatten. Ein großer Erfolg auch für den LV.

Die inhaltliche Arbeit begann dann auch genau damit. Erfolge benennen. Auf einer langen Rolle Packpapier, ausgebreitet über mehrere Tische, waren Jahreszahlen von 1989 bis heute notiert. Die Anwesenden liefen um den Tisch, schrieben auf, was ihnen einfiel, kamen miteinander ins Gespräch, erinnerten sich, freuten sich gemeinsam über vergangene Erfolge: »Weißt du noch ...«, wann war das nochmal ..., so viele waren damals auf der Straße ...«. Der lange Bogen Papier komplett beschrieben veranschaulichte deutlich, dass in der GEW BERLIN unglaublich viel passiert.

Da ist es auch nachvollziehbar, dass selbst Engagierte im Landesvorstand nicht immer auf dem Laufenden sind, welche Gruppierungen sich mit welchen Schwerpunkten beschäftigen. Um all unsere Tätigkeiten zu veranschaulichen, war deshalb die Idee, ein Portfolio zu erstellen, welches einen umfassenden Überblick ermöglicht. Auf der Klausur wurde der erste Schritt dazu getan.

Engagement, was uns vereint

Besonders wichtig auf der Klausur waren meiner Meinung nach die Phasen zu un-

seren Motivationen, uns im LV zu engagieren und zu den förderlichen und hinderlichen Aspekten der Arbeit im LV.

Bei den allermeisten stimmten die Motivationen überein und überschritten sich größtenteils auch mit den förderlichen Aspekten der Arbeit im LV. Es wurden folgende Punkte genannt: Austausch mit verschiedensten ExpertInnen, Vernetzung, Informationen erhalten und weitergeben, Verantwortung übernehmen, initiativ sein, aktiv werden durch Beschlüsse und nicht zuletzt Freude und Spaß.

Als inhaltliche Themen, die uns zusammenbringen, wurden die originären gewerkschaftlichen Aufgaben sowie die Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen mit sehr hoher Priorität benannt und daneben natürlich auch gemeinsame politische Überzeugungen. Beachtenswert war, dass bei der Gewichtung der aktuellen Prioritäten die Bildungspolitik einen Platz weit hinten hatte.

Bei den hinderlichen Aspekten ging es hauptsächlich um Kommunikationskultur: sinnlose Streitereien, Befindlichkeiten, mangelnde Wertschätzung, das Zerreden von Themen, aber auch die ungenügende Vorbereitung von Diskussionen wurde bemängelt.

GEW-GREMIEN

Der Landesvorstand (LV) besteht aus dem Geschäftsführenden Landesvorstand (GLV) und jeweils zwei VertreterInnen der 12 Bezirke und 3 Abteilungen und jeweils einer VertreterIn der 12 Fachgruppen und 7 Ausschüsse. Er tagt monatlich. Der GLV besteht zurzeit aus 14 Mitgliedern: Zwei Vorsitzende und jeweils zwei Teammitglieder der Vorstandsbereiche

- Finanzen
 - Beamten-, Angestellten- u. Tarifpolitik
 - Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit
 - Schule
 - Hochschulen und Lehrkräftebildung
 - Öffentlichkeitsarbeit
- und tagt wöchentlich.

CMdR



Weißt du noch? Mitglieder des Landesvorstandes notieren die Aktivitäten der vergangenen Jahre: Es ist unglaublich viel passiert!

FOTO: PRIVAT

Gelassen lässt es sich leichter denken

Für einen Ansatz zur Vermeidung der hinderlichen Aspekte finde ich zwei Schlagworte, die fielen, besonders passend, nämlich »Gelassenheit« und »Denkräume«. Die Gelassenheit bezieht sich vor allem auf unseren Umgang miteinander. Wobei ich wesentlich finde, dass wir auch ein Bewusstsein dafür entwickeln, wie wir miteinander sprechen.

Die Denkräume können uns helfen, gelassener zu werden. Wir müssen sie uns schaffen. Es braucht Zeit, Ideen zu durchdenken. Wenn wir uns manchmal während einer Sitzung innerhalb von sehr kurzer Zeit eine Meinung zu einem Thema bilden müssen, um dann einen Antrag dazu abzustimmen, machen wir uns selbst das Gelassenbleiben schwer.

Für die Klausur des Geschäftsführenden Landesvorstandes, die direkt eine Woche nach der LV-Klausur stattfand, ergab sich daraus der Arbeitsauftrag über die beiden Punkte »Umgang miteinander« und »Struktur der Sitzung« weiter nachzudenken und konkrete Ideen für Verbesserungen zu entwickeln. Das haben wir getan und planen, diese gemeinsam mit dem LV umzusetzen.

Die nächste Zeit wird für den LV nicht leicht, da der überraschende Rücktritt unserer Vorsitzenden Sigrid ein großes Loch hinterlassen hat. Ihr Rücktritt sollte uns aber nicht gelähmt, sondern nachdenklich zurücklassen. Er sollte uns motivieren, dafür zu sorgen, dass die positiven Ansätze, die es auf der LV-Klausur im Miteinander gab, ausgebaut werden und nicht wieder im Alltag untergehen.

Denn abschließend lässt sich sagen, dass das Ziel der LV-Klausur, einmal in angenehmer Atmosphäre wieder anders miteinander ins Gespräch zu kommen, durchaus erreicht wurde. Viele TeilnehmerInnen bewerteten den Tag als gelungen und fanden es sehr positiv, in den kleinen Gruppen der verschiedenen Arbeitsphasen mit unterschiedlichen Menschen ins Gespräch zu kommen. Die Klausur wurde als unbedingt sinnvoll erachtet und man war sich einig, diese in Zukunft zu wiederholen, um dann inhaltlich zu arbeiten.

Wir haben an diesem Tag sehr viel miteinander geredet und sehr viel aufgeschrieben. Jetzt müssen wir die gewonnenen Erkenntnisse auch umsetzen oder wie ein Kollege in der Abschlussrunde so treffend sagte: Nu mal Butter bei die Fische. ■



Nomen est omen oder Der Name ist Programm

Die von der Redaktion ausgewählten Namensvorschläge kreisen wenig überraschend um unser Kernthema »Bildung«. So geht es jetzt weiter im Umbenennungsprozess.

von Caroline Muñoz del Rio

Die Redaktion der blz hatte auf eine breite Beteiligung am Umbenennungsprozess gehofft. Mit dieser Vielzahl an Vorschlägen hatten wir aber nicht gerechnet und fühlen uns nun absolut bestätigt in unserem Ansinnen den Namen »blz« (berliner lehrerzeitung) gegen einen passenderen auszutauschen. Vielen, vielen Dank für eure Mitarbeit! Fast 30 Personen oder Gruppierungen haben teilweise sogar gleich mehrere Vorschläge eingereicht. Von Kita über Schule bis zur Uni, vom LandesseniorInnenausschuss bis zur Jungen GEW waren viele vertreten.

Die Qual der Wahl aus etlichen Vorschlägen

Einen Teil der Vorschläge mussten wir gleich streichen, da sich der Fokus dort wieder auf Schule legte oder einzelne Gruppen ausschloss. Gerade das wollen wir ja ändern. Einzelne originelle Vorschläge wie »Ahornblatt« oder »Pädze« wurden länger diskutiert, aber am Ende überwiegen die Argumente dagegen. Einen für alle passenden und dazu noch originellen Namen zu finden, ist wohl eine zu große Herausforderung gewesen.

Die häufigsten Begriffe, mit denen die KollegInnen Namen gebastelt hatten, waren: Bildung, Erziehung, Wissenschaft, Soziales, Gewerkschaft und natürlich Berlin und Zeitschrift. In unserer Redaktionssitzung haben wir, um die Mitglieder-

beteiligung sinnvoll zu gestalten, eine Vorauswahl getroffen, die wir euch hiermit präsentieren wollen. Diese vier Vorschläge sind alle relativ ähnlich. Langweilig, mag der eine oder die andere vielleicht denken, aber passend und auf den Punkt gebracht!

- Bildung und Soziales (BiSoz)
- BBZ Berliner Bildungszeitung
- GBZ Gewerkschaftliche Bildungszeitschrift
- ZBB Zeitschrift der Berliner Bildungsgewerkschaft

So geht es jetzt weiter

Bis zum 30. Juni wird es auf der Webseite der GEW BERLIN für Mitglieder unter folgendem link www.gew-berlin.de/13220.php die Möglichkeit geben, ein Votum bezüglich des neuen Namens abzugeben. In der Redaktionssitzung Anfang Juli werten wir dieses Votum aus, um das Ergebnis dann Mitte Juli im Landesvorstand (LV) vorzustellen und von diesem bestätigen zu lassen. Es dauert dann noch eine Weile bis unsere Layouterin das neue Design erstellt hat, aber spätestens im Herbst wird der Name »blz« dann Geschichte sein und die Mitgliederzeitschrift sichtbar einen neuen Namen haben. Wir freuen uns darauf! ■

Caroline Muñoz del Rio,
Vorstandsbereich Öffentlichkeitsarbeit





**GESICHTER
DER GEW**

M. Hansen



ist 27 Jahre alt und Studienreferendar mit der Fächerkombination Englisch/Französisch im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. In dieser Rubrik befragen wir Mitglieder, die durch Zu-

fallspfeilwurf von Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle ermittelt werden. Wir nehmen dann mit ihnen Kontakt auf. Man kann uns aber auch die Antworten auf unsere immer gleichbleibenden Fragen von sich aus zuschicken: Bitte per E-Mail und nicht das Foto vergessen!

Was regt dich im Augenblick am meisten auf?

Dass die Ausbildung der Referendare geändert wurde und niemand so richtig eine Ahnung von Irgendetwas hat.

Drei Begriffe, die dir spontan zur GEW einfallen?

Notwendig, hilfreich, organisiert.

Was würdest du an deiner Tätigkeit am ehesten ändern?

Ich würde die Außenwahrnehmung meiner Tätigkeit ändern wollen. Dass ich einen gesellschaftlich wichtigen Beruf ausübe, der viel Mühe abverlangt.

Was wünschst du dir von deiner Gewerkschaft?

Bessere Ausbildungsbedingungen für Referendare.

Was gefällt dir an deinem Beruf?

Dass ich das Leben junger Menschen positiv beeinflusse und als Vorbild fungiere.

Welches politische Amt würdest du am liebsten einen Monat lang ausüben?

Außenminister. ■



Noch kein Ende in Sicht: Warnstreik für die Angleichung der Gehälter an das Niveau im öffentlichen Dienst. FOTO: PRIVAT

Weiterhin streikbereit

Die Geschäftsführung von INA.KINDERGARTEN hat kein verhandlungsfähiges Angebot gemacht.

von Udo Mertens

Zum dritten Warnstreik, erstmals drei Tage lang, kam es beim freien Träger INA.KINDER.GARTEN. Dort traten 80 ErzieherInnen in den Ausstand. Udo Mertens, Leiter des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik der GEW BERLIN zu den Ursachen des Streiks: »Zurzeit bekommen ErzieherInnen dort im Durchschnitt zehn Prozent weniger als ihre KollegInnen im öffentlichen Dienst. Das sogenannte Angebot der Arbeitgeberinnen sieht vor, diesen Rückstand weiter festzuschreiben. Auch zukünftig wollen sie die vom Land Berlin erhöhten Mittel für Personalkosten nicht weitergeben. Noch im Januar hatten sie angekündigt, den Gehaltsrückstand ihrer ErzieherInnen zum öffentlichen Dienst in Berlin nicht größer werden zu lassen.«

Bis heute gibt es keine klaren Angaben über die finanzielle Situation des freien Trägers. Die GeschäftsführerInnen behaupten, die Gehaltsforderungen der GEW BERLIN nicht erfüllen zu können. Angesichts eines jährlichen Überschusses von über einer Million Euro und mittlerweile über fünf Millionen Gewinnrücklagen ist es unverständlich, warum eine

angemessene Gehaltserhöhung nicht möglich sein soll. Die Beschäftigten haben am 4. Dezember 2014 erstmals die Arbeit niedergelegt. Da kein akzeptables Angebot für mehr Gehalt erfolgte, streikten die ErzieherInnen am 18. Februar 2015 ein zweites Mal. Und jetzt, am 28. April 2015, traten sie zum dritten Mal und für drei Tage in den Warnstreik.

Konkret sehen die Gehaltsunterschiede zurzeit so aus: ErzieherInnen im ersten Berufsjahr nach ihrer Ausbildung verdienen nach der aktuell gültigen Entgelttabelle 2.182,38 Euro – im öffentlichen Dienst gibt es seit März 2015 ein Entgelt von 2.338,29 Euro. Haben ErzieherInnen sieben Jahre Berufserfahrung erhalten sie 2.423,72 Euro – im öffentlichen Dienst dagegen 2.813,80 Euro seit März 2015. Ist eine Facherzieherin für Integration seit mehr als 15 Jahren in ihrem Beruf tätig, erhält sie 2.598,31 Euro. Für die gleiche Tätigkeit bekommt die Kollegin im öffentlichen Dienst seit März 2015 über 600,00 Euro mehr: 3.283,58 Euro.

Leider gibt es auch nach dem dritten Streik keine Bereitschaft, ein verbessertes Angebot vorzulegen. Die Beschäftigten geben aber nicht nach und sind weiterhin streikbereit. ■

Abschied von der Bücherboxx

Kein Büchertausch mehr in der Ahornstraße.

von *Monika Rebitzki*

Plötzlich und unerwartet wurde im März 2015 der jüngste, hoffnungsvolle Spross der Jungen Alten aus unserer Mitte gerissen. Bei der Taufe am 29. September 2014 zeichnete sich eine glänzende Zukunft des Kindes ab. Das rechte Angehörige der Peter-Lenné-Schule/ OSZ Gartenbau an, das Umfeld des neuen Erdenbürgers noch schöner zu gestalten, da – wie wir als gestandene PädagogInnen wissen – das Umfeld des Kindes eine große Rolle bei der optimalen Entwicklung spielt. Der Familienrat der Jungen Alten, der Kümmerergruppe und der Stammtisch der RuheständlerInnen steuerten weitreichende Änderungen zu den Plänen bei in der Hoffnung, Wachsen und Gedeihen des Sprösslings zu fördern.

Der GEW-Landesvorstand beschloss am 23. Februar 2015 die Finanzierung des Umfeldes. Am 25. Februar teilte der biologische Vater der BücherboXX mit, dass er andere Pläne mit seinem Kind habe, ließ den blauen Edelstein zwischen dem 16. und 20. März abholen und gab ihn in die Obhut anderer Men-



Lore Kujawa nutzt einen GEW-Termin zur Versorgung mit neuer Lektüre aus der Bücherboxx. Leider geht das nun nicht mehr.

schen. Wir trauern um die GEW-BücherboXX und werden sie in liebevoller Erinnerung behalten. ■

GUT ZU WISSEN: BERLIN UND DER BUNDESWEITE KITA-STREIK

Mitte Mai 2015 wurde bundesweit viel über die streikenden SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen berichtet. Die Berliner GEW wurde öfters von Mitgliedern und der Presse gefragt, warum wir in Berlin davon nicht betroffen sind. Grund ist das komplizierte Tarifsystem der öffentlich Beschäftigten in Deutschland.

Wir unterscheiden zwischen dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) und dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD). In Berlin wird für alle Angestellten des öffentlichen Dienstes der TV-L angewendet. Er gilt somit für SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen, Lehrkräfte, Feuerwehrleute, Finanzangestellte, OrdnungsamtsmitarbeiterInnen. In anderen Bundesländern wird dagegen im Tarifsystem unterschieden zwischen den Beschäftigten beim Land und denen bei den Städten und Gemeinden.

Mitte Mai 2015 waren die ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen im Arbeitskampf, die unter den TVöD fallen. Selbstverständlich werden wir in Berlin das Tarifergebnis bewerten und mit unseren KollegInnen eigenen Forderungen formulieren.

In Berlin fallen nur die ErzieherInnen des bundesweiten Kitaträgers Studentenwerk unter den TVöD. Selbstverständlich unterstützen und begleiten wir diese KollegInnen ebenfalls. *blz*

Jörg-Detlef Müller

7.9.1945 Berlin –
13.4.2015 Kathmandu

Mit seiner besonderen Mischung aus Witz, Scharfsinn, Engagement und seiner Liebenswürdigkeit wird er uns in Erinnerung bleiben.

Wir trauern um unseren Freund und ehemaligen Kollegen der Poelchau-Oberschule.

In herzlicher Verbundenheit mit seiner Frau Susanne und seiner Tochter Paula mit ihrer Familie

Für die Freunde und ehemaligen Kolleginnen und Kollegen:
Veronika Hoch, Manfred Triebe

Wir trauern um unseren Kollegen

Peter Bonsa

Peter war fast 25 Jahre als Mitarbeiter in der Geschäftsstelle der GEW BERLIN im Bereich »Technische Dienste/Versand« beschäftigt. Freundlich und hilfsbereit, versehen mit einer guten Prise norddeutscher Ruhe, so werden wir ihn in Erinnerung behalten. Über die Geschäftsstelle hinaus war er bei vielen Kolleginnen und Kollegen als unermüdlicher Helfer bei Kundgebungen und Demonstrationen bekannt und geschätzt. Peter hat den Kampf gegen den Krebs nicht gewonnen, er ist am 29. März im Alter von nur 58 Jahren gestorben.

*Sigrid Baumgardt/Doreen Siebernik (Vorsitzende),
Udo Jeschal (Geschäftsführer),
Axel Sauer (Betriebsratsvorsitzender)*



Warnstreikkundgebung der Gewerkschaften GEW, ver.di und GDP und IG BAU in der Tarifrunde 2015 des öffentlichen Dienstes der Länder am 26. März 2015 auf dem Gendarmenmarkt in Berlin.

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

L-EGO in der Tarifrunde erneut gescheitert

Bei den Tarifverhandlungen ist eine Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte erneut gescheitert. Und der Beamtenbund verkaufte seine Mitglieder für eine Entgelterhöhung um 30 Euro.

von Udo Mertens

Bei der letzten Verhandlungsrunde am 28. März zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) konnten die Gewerkschaften für ihre Mitglieder eine ordentliche Gehaltserhöhung durchsetzen. Die Arbeitgeberseite, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zeigte sich bei einer Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte aber erneut kompromisslos und bestand ausschließlich auf ihrem eigenen Entwurf.

Wenn die GEW dem zugestimmt hätte, hätte sie eine absurde beamtenrechtliche Regelung zum Tarifvertrag erklärt. Die

Arbeitgeber hätten die Eingruppierung, also die Gehaltshöhe, einseitig durch Änderungen im Beamtenrecht bestimmen können. Darüber hinaus war die TdL auch zu keinem Einstieg in eine Paralleltabelle bereit. Derzeit werden verbeamtete Grundschullehrkräfte nach der Besoldungsstufe A12 bezahlt, Angestellte aber nur nach Entgeltgruppe 11 (EG11) und nicht etwa auch EG 12. Nach dem Willen der GEW sollte durch eine Paralleltabelle (A12=EG 12) die Unterschiede zwischen der Beamtenbesoldung und den Entgelten der Lehrkräfte verkleinert werden. Die Empörung in der Bundestarifkommission (BTK) über das Nichtangebot war entsprechend groß.

Zudem wollte die TdL auch Verschlechterungen für Berliner Lehrkräfte durch-

drücken. Diese hätten insbesondere solche Lehrkräfte betroffen, die an Grundschulen arbeiten. Mit einer Lehrbefähigung für Sonderpädagogik, als Studienrätin oder als Lehrkraft mit zwei Wahlfächern werden diese zurzeit nämlich nach der besseren Entgeltgruppe 13 (EG 13) bezahlt – genauso viel, wie sie an der Schulform verdienen würden, für die sie ausgebildet wurden: Sekundarschulen und Förderzentren. Die TdL hätte ihnen nur noch das geringere Gehalt von originären Grundschullehrkräften nach der EG 11 zugestanden. Das alles wurde von der BTK mit einer breiten Mehrheit abgelehnt. Damit hat sich am Ende die Position der GEW BERLIN in der Bundestarifkommission durchgesetzt, der Ver-

schlechterung der Eingruppierung von Berliner Lehrkräften nicht zuzustimmen.

Die unrühmliche Rolle des Beamtenbundes

Der als Einstieg bezeichnete Entwurf sah vor, für einige ausgewählte Beschäftigtengruppen ab dem 1. August 2016 eine Zulage von sagenhaften 30 Euro im Monat zu gewähren. Die Bezeichnung »tarifliche Regelung« hat das nicht verdient! Der konkurrierende Dachverband zum DGB, der Deutsche Beamtenbund (dbb), war an dieser Stelle völlig schmerzfrei. Er hat die Verschlechterungen für die Beschäftigten des Landes Berlin genauso unterschrieben wie die oben genannten Eingriffe ins Tarifrecht durch das Besoldungsrecht. Die Friedenspflicht bis 2018 war für den dbb dann genauso kein Thema, schließlich ist der mit seinen wenigen Mitgliedern ohnehin nicht streikfähig.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE), Mitgliedsverband im dbb, schmückt sich offenbar gerne mit fremden Federn. Dreist behauptet er auf seiner Webseite: »Der dbb hat in mühevollen Verhandlungen die TdL davon überzeugt, die verhandlungsfreie Zeit bis zur Tarifrunde 2015 für die Entwicklung eines eigenen Entgeltsystems für die angestellte Lehrerschaft zu nutzen.«

Während die GEW BERLIN in den Jahren 2012 und 2013 die angestellten Lehrkräfte 17 Mal zum Streik aufgerufen hatte, schaute der dbb Löcher in die Luft. Am Ende konnten wir die TdL zu Verhandlungen zwingen, wozu es ohne das Berliner Engagement nie gekommen wäre. Erinert sei daran, dass der VBE sich bereits 2013 in Berlin offen gegen die Warnstreiks der angestellten Lehrkräfte gestellt hatte. Als dann die ersten Gespräche mit der TdL begonnen hatten, beschloss die Bundestarifkommission der GEW im Oktober, den dbb zu den Verhandlungen hinzuzuziehen. Kein weiser Beschluss.

Seitdem saß der dbb zwar mit am Tisch, leistete aber keinen praktischen Beitrag zu den Verhandlungen. Er rühmt sich damit, diese Präambel in den Tarifvertrag mit eingebracht zu haben: »Obwohl der dbb seit 2014 gemeinsam mit der GEW über eine Lehrkräfte-Entgeltordnung verhandelte, gab es zum Schluss keine Einigung mit der GEW und den Arbeitgebern, weil diese die Maximalforderungen, die die GEW unbedingt durchsetzen wollte, nicht akzeptierte, d.h. alle Lehrkräfte bis

EG 11 gleichzeitig jeweils eine Entgeltgruppe höher einzugruppieren, ...«

Während die GEW BERLIN bis zum letzten Tag dafür gestritten hat, die von der TdL beabsichtigten Verschlechterungen für die Berliner Lehrkräfte zu verhindern, hat der dbb alles akzeptiert, was vorgelegt wurde. Den völligen Durchgriff des Beamtenrechts auf die »tarifliche Eingruppierungsregelung«, die Verschlechterungen für die Berliner Lehrkräfte, das Unterschreiten jeglicher tariflicher Eingruppierungsstandarts.

Während die GEW sich darum bemüht hat, als Minimalziel den Status Quo zu erhalten und einen Einstieg in die Paral-



Udo Mertens spricht auf der Warnstreik-Kundgebung auf dem Gendarmenmarkt.

leltabellen zu erreichen, hat der Beamtenbund die Lehrkräfte für 30 Euro verkauft und gleichzeitig eine Friedenspflicht bis 2019 unterschrieben.

Warum hat der Beamtenbund das getan? Die Antwort liegt auf der Hand. Wer jahrelang nur hinterherläuft und so gut wie keine Angestellten organisiert, dem können dann auch die Mitglieder, die man nicht hat, nicht weglaufen. Er kaschiert auf seiner Homepage seine Unfähigkeit, Mitglieder zu mobilisieren, mit dem Verweis auf die eigene Kompromissfähigkeit: »Ist es von Gewerkschaften redlich, in Tarifverhandlungen mit Maximalforderungen zu gehen und zu wissen, dass die Arbeitgeber diese niemals akzeptieren werden, und darauf weiter zu beharren?«

Das Ziel vor Augen

Mit Maximalforderungen hat das wahrlich nichts zu tun. Die GEW ist der TdL soweit entgegen gekommen, dass es kaum noch vertretbar war. Bei dem Entwurf der TdL

war allerdings die Schmerzgrenze überschritten. Nur wer nicht in der Lage ist, in den Ländern Besseres zu erstreiten, konnte diese Unterwerfungserklärung unterschreiben. Für den dbb lautet offenkundig die Alternative, weiter Löcher in die Luft schauen oder sich unterwerfen.

Für die GEW BERLIN ist die Alternative dagegen klar umrissen: Mobilisierung der Mitglieder mit dem Ziel Entgeltordnung, die auch den Namen verdient. Diese Alternative stellt sich aber nur für diejenigen, die Mitglieder unter den angestellten Lehrkräften haben und zu überzeugen wissen. Der Wert des »Tarifvertrages« misst sich dann auch an der Zahl der Mitglieder. Für GEW-Mitglieder gilt die Regelung nicht. Der dbb hat nur für seine Mitglieder unterschrieben.

Die zukünftige Zusammenarbeit mit dem dbb ist nun auch beantwortet: So nicht!

Wir werden in Berlin am 18. Mai auf einer Tarifkommission und am 16. Juni auf einer tarifpolitischen Konferenz das weitere Vorgehen mit den Mitgliedern beraten. Dazwischen wird es am 9. Juni eine Konferenz der Bundestarifkommission geben. Hier wird es für die GEW BERLIN darum gehen, nicht nur die formalen Voraussetzungen für ein eigenständiges Vorgehen im Land Berlin zu schaffen. Wir werden hier klarstellen, unter welchen Bedingungen die Berliner Lehrkräfte bereit sind voranzugehen. Mit unserer Streikerfahrung und der hohen Motivation können wir eine eigenständige Entgeltordnung für Berlin durchsetzen und damit den Weg für die anderen Länder bereiten. Es muss aber auch klar sein, dass wir dann die dafür nötige Zeit bekommen. Der Sommer 2014 darf sich nicht wiederholen, als wir die Verhandlungen herbeigestreikt hatten und unsere Forderungen dann keine Rolle mehr spielten. Wenn wir mit einer entsprechenden Zusage die BTK verlassen, werden wir die nächsten Schritte vorbereiten. Wir haben eine große Chance, erstmals eine Entgeltordnung für Lehrkräfte hier in Berlin durchzusetzen. Dafür gilt es alle Kräfte zu konzentrieren. ■

Udo Mertens, Leiter des Vorstandsbereiches Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik



► Fortsetzung von Seite 5

Alibifunktion. Außerdem gibt es bei den Sitzungen im Fachbeirat keine offene Diskussion. Was sicherlich teilweise der Fülle der Themen und der knappen Zeit geschuldet ist, aber vor allem auch der etwas sehr stringenten Leitung. Stellungnahmen sind dabei nicht immer erwünscht. Betont wird stets die Rolle des Fachbeirats als beratendes Gremium, also vor allem seine Grenzen und Möglichkeiten, politisch wirksam zu werden. Trotzdem formulieren VertreterInnen im Fachbeirat, so auch die GEW BERLIN, immer wieder den Anspruch, dass für alle Maßnahmen auch die Frage der notwendigen Ressourcen geprüft werden muss. Und es wird auch immer wieder gefordert, dass transparent gemacht werden muss, wann, wie und welche Aspekte aus den Empfehlungen des Beirats abgearbeitet werden. Ich möchte auch noch klarstellen, dass die GEW BERLIN mit ihren Forderungen keineswegs „Kinder vergolden“ will, sondern diese Forderungen lediglich Resultat der Entwicklungen und Erfahrungen der letzten Jahrzehnte sind. Aber immerhin sind sich alle einig, dass die Integration derzeit viel zu schlecht ausgestattet ist, das Mindestmaß an Unterstützung laut Zumessungsrichtlinien durch den Dispositionspool immer noch stark unterschritten wird und dieser Missstand schnellstens behoben werden muss.

Sigrid Baumgardt

8. Mai – Schnee von gestern? April/Mai-blz 2015

Wenn die GEW sich als Bildungsgewerkschaft versteht, sollte sie sich auch bei allgemeinpolitischen Fragen einmischen, wie bisher. Wenn von Mieten über TTIP, vom Flüchtlingselend bis Krieg und Frieden Konflikte uns alltäglich betreffen, sollten sie so widerspiegelt werden, dass sie über Betroffenheit und Protesttermine hinaus Hintergründe erläutern. Wenn in einer Doppelnummer April/Mai kein Artikel zum 70-jährigen Gedenken des 8. Mai Platz findet, obwohl ein Text überzeitig vorlag, der versuchte den Bogen vom Zweiten Weltkrieg und seine Darstellung in Geschichtsbüchern zur aktuellen Kriegspolitik zu spannen, so ist das sehr ärgerlich, zudem auch kein Versuch unternommen wurde, mit der Autorin über etwaige Änderungen/Kürzungen zu beraten. Wenn in Vorbereitung auf den

1. Mai der Artikel zum Thema um die Hälfte gekürzt wird, ohne mit dem Autor Rücksprache zu halten, ist das auch ärgerlich. Es ist angesichts des ausführlichen Auftritts von einer Vertreterin der Senatsverwaltung für Bildung in der blz-Doppelnummer unverständlich, dass Themen wie die internationale Solidarität, der Mindestlohn, die Situation in Griechenland und die Beteiligung von GEW-Mitgliedern an den Anti-Pegida-Protesten redaktionellen Kürzungen zum Opfer fallen. Möge der BLZ-Redaktion das Verhalten des Gorki-Theaters Leitlinie sein, das mit seiner Serie über den Völkermord an den Armeniern 1915 – der übrigens in den Berliner Geschichtsbüchern nach Protesten der Türkei auch nicht auftaucht – dazu beitrug, dass zum offiziellen 100-jährigen Gedenken endlich der Begriff »Völkermord« auch in Regierungskreisen vordringt. Dass es allerdings zum 8. Mai keine zentrale Veranstaltung der Bundesregierung gibt, zeigt, dass man immer noch nicht anerkennen will, dass die Sowjetunion, die auch Berlin befreite, den größten Blutzoll mit 27 Millionen Toten in diesem mörderischen Weltkrieg bezahlen musste.

Lore Nareyek und Jörg Tetzner

Gemeinschaftsschule und Inklusion, April/Mai-blz 2015

Wer seit 18 Jahren an einem Gymnasium arbeitet und gleichzeitig ein Kind hat, das eine ISS besucht, hat einen ganz guten Blick auf beide Schultypen. Beide sind nicht immer die Lösung für alle, beide haben ihre Daseinsberechtigung. Gymnasien sind gut und geeignet für SchülerInnen, die zielstrebig und lernfreudig in die Schule gehen. Dabei ist das Gymnasium schon lange nicht mehr eine »Insel der Glückseligen«, sondern sehr wohl ein Spiegel unserer Gesellschaft, mit allen Problemen, die das Leben so mit sich bringt. Und selbstverständlich werden seit Jahrzehnten (!) SchülerInnen im Gymnasium inkludiert, die die intellektuellen Voraussetzungen dafür haben, unabhängig von Sinnesbehinderungen oder körperlichen Defiziten oder emotional-sozialen Störungen. Ich wehre mich entschieden gegen Äußerungen, die das Gymnasium unreflektiert als »Selektionsanstalt« diffamieren. Diese Sichtweise ist auch ein Schlag ins Gesicht aller KollegInnen, die sich Jahr für Jahr darum bemühen, dass

alle ihnen anvertrauten SchülerInnen das Abitur erfolgreich abschließen können. Die ISS mag gut geeignet sein für SchülerInnen, die nach der Grundschule einen längeren Anlauf und mehr Zeit benötigen, um sich über ihre eigenen Ziele klar zu werden. Dennoch ist es eine Mär, dass gute SchülerInnen die Schwächeren mitziehen. Tatsächlich ist es schwer, seine eigenen Ziele im Auge zu behalten, wenn man ständig von unmotivierten und desinteressierten MitschülerInnen umgeben ist. Nach sechs Jahren an der ISS ist es mein Kind gründlich leid, immer als Sozialarbeiter für unwillige MitschülerInnen herangezogen zu werden. Sich vertragen und miteinander arbeiten – das kann man längerfristig nur mit Gleichgesinnten. Der Blick Nuri Kiefers auf Kinder und Jugendliche an der Gemeinschaftsschule scheint mir sehr »Bullerbü-mäßig« verklärt und ich frage mich, wann er das letzte Mal aktiv an einer Schule gearbeitet hat.

Ich erlebe jedenfalls so einige GewerkschaftskollegInnen, die in andere Tätigkeiten fliehen, nur um nicht so viel an ihrer ISS oder Gemeinschaftsschule arbeiten zu müssen. Und ich frage mich, wie viele gewerkschaftliche Befürworter der Gemeinschaftsschulen und ISS ihre eigenen Kinder in diese Schulformen geschickt haben. Ich wünsche mir mehr Ehrlichkeit und weniger Verklärung.

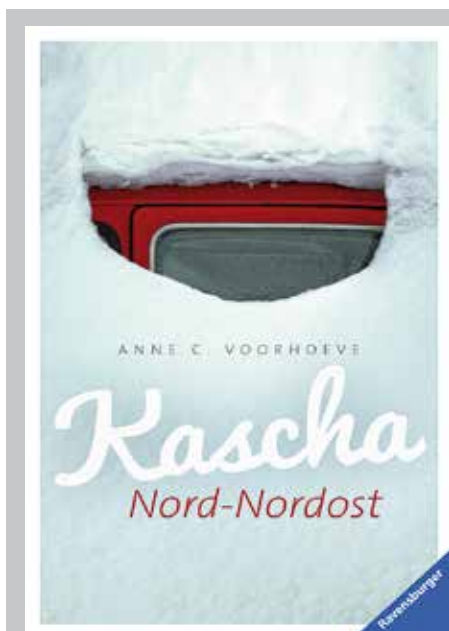
Susanne Held

(Nuri Kiefer ist Schulleiter der Gemeinschaftsschule Campus Hannah Höch im Märkischen Viertel, Anm. d. Red.)

Leerstelle in der April/Mai-blz 2015

Wo ist in der letzten blz ein Beitrag zum 70. Jahrestag der Befreiung? Jede Zeitung ist voll davon, nur die GEW schweigt sich aus. Ist die Befreiung von Krieg und Faschismus kein Thema für unsere GEW? Haben die Nazis nicht auch die Gewerkschaften zerschlagen? Waren nicht auch engagierte Lehrer und Schüler Opfer des Terrors? Ist Faschismus nicht heute auch wieder aktuell durch NSU-Morde, geheimdienstliche Ungereimtheiten, Rassismus, Anti-Islam-Bewegungen? Ist Antifaschismus kein aktuelles Thema für LehrerInnen? Das GEW-Lieblingsthema »Inklusion«: Da stößt man doch direkt auf die T4-Euthanasiemorde der Nazis – oder? Haben wir nicht heute auch deshalb eine andere Einstellung zu Menschen mit Behinderungen, weil wir aus der Geschichte lernen konnten?

Brigitte Berners



WEIT ENTFERNT VON DEN STEREOTYPEN

Katastrofenwinter 1978/79 in Norddeutschland: Kaschas Sinti-Familie ist vor zwei Jahren von Süddeutschland in ein norddeutsches Dorf umgezogen. Der Vater, ein Geigenbauer, und die beiden älteren Brüder, zwei Möbelschreiner, haben auf einem Bauernhof eine »Antik«-Scheune eingerichtet, in der sie alte Möbel aufarbeiten und meist an TouristInnen verkaufen.

Aus Sicht der zwölfjährigen Kascha oder Valentina, wie ihr amtlicher Name lautet, werden die Schwierigkeiten mit dem Eingewöhnen geschildert, die Ablehnung durch MitschülerInnen und Polizei, bis das Dorf anlässlich der Schneekatastrophe zusammenwächst und auch Kaschas Familie wegen ihrer Hilfsbereitschaft akzeptiert wird. Die Mutter hat eher Angst vor der misstrauischen Umgebung, denn in der Familie ist die Erinnerung an den Porajmos, den Genozid an Sinti und Roma während der NS-Zeit, nicht nur durch das Bild der Großmutter und ihrer beiden Töchter immer präsent.

Da genügt die feindliche Haltung einiger DorfbewohnerInnen, wenn die ältere Schwester vom Telefonhäuschen mitten im Dorf ihren Liebsten anruft, um auch in den beiden Mädchen heftige Ängste zu wecken, die die nicht gerade verständnisvollen Dorfpolizisten eher verstärken als besänftigen. Auch der tägliche Spießrutenlauf von Kascha und ihrem jüngeren Bruder im Schulbus, das mangelnde Verständnis der Lehrerin werden angesprochen, aber geschickt erst, als diese Situa-

tion nach der Schneekatastrophe endlich aufgelöst wird. Die einzige Verwandte, die in der Nähe wohnt, ist eine Tante, die mit einem Nicht-Rom, einem Gadscho, verheiratet ist, bei der Post arbeitet und am liebsten Hosenanzüge trägt.

Ausführlich, oft witzig gerade in den zahlreichen Dialogen zwischen den beiden Cousinen, die sich zunächst spinnefeind sind, lässt die Autorin ihre sympathisch-freche und bis an die Grenzen der Unvernunft mutige Protagonistin schildern, wie sie mit den Traditionen und Umgangsformen in der Familie, der Ablehnung durch MitschülerInnen und andere DorfbewohnerInnen umgeht. Sie kämpft erschreckt auch mit der Erkenntnis, dass sie hin und wieder »Visionen« hat, etwa kurz vor dem Autounfall, der ihren Onkel und die eklig-blöde Cousine dazu zwingt, fast eine Woche während der Schneekatastrophe bei ihnen zu wohnen. Das gibt den beiden Mädchen die Chance, sich überhaupt kennen zu lernen, und der Cousine zu akzeptieren, dass sie durch ihre Mutter auch Teil der Sinti-Familie ist.

Es gelingt der Autorin, mit dieser Perspektive nachvollziehbar und verständlich zu machen, was dieses Mädchen zunächst in der fremden Umgebung zur Außenseiterin macht, wie sie damit umgeht und wie ihr der Zusammenhalt in der Familie selbst dann hilft, wenn sie ihn als belastend empfindet. Dabei baut die Autorin Kenntnisse über Traditionen und Verhaltensweisen so selbstverständlich ein, dass das Buch zugleich Informationen vermittelt, die den meisten LeserInnen unbekannt, aber auch weit entfernt von den Stereotypen sind, die die klischeehaften Schilderungen einer Enid Blyton etwa in den »Fünf Freunden und...« noch immer prägen. Dank ihrer Hilfsbereitschaft während der Schneekatastrophe, als alle eingeschneit sind, der Strom ausfällt, Tiere

erfrieren, und viele Familien keine Kochmöglichkeit mehr haben, wird die Sinti-Familie dann akzeptiert, Kascha und Janosch bekommen ab jetzt Plätze im Schulbus und einen großen Beschützer in der Schule. Die Gleichsetzung von Sinti mit »ZigeunerInnen«, wie sie von den DorfbewohnerInnen immer noch vollzogen wird, wird teils von den selbstbewussten Cousinen korrigiert, teils gebrochen durch die Bezeichnung »Zigeunerbaron« für »den Großen aus der Zehnten«, der sich für Kascha und ihren jüngeren Bruder zum Beschützer aufspielt.

Es gibt selten ein Jugendbuch, das die Besonderheiten in einer Familie so selbstverständlich und sympathisierend beschreibt. Durch die unbeantworteten Fragen, beispielsweise warum die Schwester mit ihrem Freund heimlich abhauen muss oder warum die Tante in Gegenwart des Großvaters einen Rock über ihren Hosenanzug zieht, warum die Familie des Großvaters nach Auschwitz transportiert wurde, warum sie ihr Haus nach dem Krieg nicht zurückbekamen, bietet das Buch Gesprächsanlässe, weshalb es vielen LeserInnen und ihren LehrerInnen zu empfehlen ist. Doch Jugendliche werden einfach auch aus Begeisterung für dieses Mädchen ganz schnell wissen wollen, wie es ihr ergeht, was sie mit dem miesen Brief des alten Nachbarn macht oder wie sie ihren Hund vor dem Zugriff der Polizisten rettet.

317 Seiten spannungsreiche Lektüre mit ernsthaftem Potential: Sehr empfehlenswert für alle Schulbüchereien.

Ute Wolters, woltersu@freenet.de

Anne C. Voorhoeve: *Kascha Nord-Nordost*. Ravensburg 2015, ISBN 978-3-473-40124-6, 16,90
 Weitere Literatur in der AJuM-Broschüre »Sinti und Roma als Zeitzeugen und fiktionale Figuren in der aktuellen Jugendliteratur« von 2012 oder als pdf-Datei unter www.julim-journal.de/index.php/fachliteratur/202-zigeunerbilder.

ANZEIGE

GRIPS

Schnubbel

von Volker Ludwig | ab 1. Klasse
 Schulvorstellungen 16., 17. und 18. Juni | jeweils 10.00 Uhr

GRIPS Hansaplatz Altonaer Straße 22, Berlin | U9 Hansaplatz | S Bellevue | 030 - 39 74 74 - 77 | grips-theater.de

Vererbt statt erarbeitet

Rund 250 Milliarden Euro pro Jahr werden in Deutschland vererbt, Tendenz steigend. Diese gewaltige Summe wird kaum besteuert – ein politischer Skandal.

von Thomas Gesterkamp

In ihrem neuen Buch »Wir Erben« beschreibt die Autorin Julia Friedrichs, »was Geld mit Menschen macht«. Sie entwirft ein Zukunftsszenario einer Parallelgesellschaft, in der eine wachsende Minderheit auf Einkünfte aus Erwerbsarbeit nicht mehr angewiesen ist. Die »Herrschaft gebildeter Rentiers«, wie der Käseler Soziologe Heinz Bude das Phänomen nennt, lähmt die Volkswirtschaft. Denn Menschen mit Vermögen kümmern sich vorrangig darum, wie sie dieses erhalten können. Sie sind nicht in dem Maße produktiv tätig wie diejenigen, die sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen müssen. Der französische Ökonom und Buchautor Thomas Piketty (»Das Kapital im 21. Jahrhundert«) warnt deshalb vor der Rückkehr eines feudalen Geldadels.

Viele BundesbürgerInnen – darunter fast alle Ostdeutschen – erben allerdings so gut wie nichts. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung präsentierte im Februar eine Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, der zufolge sich zwischen 63 und 74 Prozent des Pri-

vatvermögens bei den reichsten zehn Prozent der Deutschen konzentrieren. Aufgabe der Politik sollte sein, der Polarisierung des Wohlstandes entgegenzuwirken. Stattdessen hat sie diese kräftig gefördert. Zunächst setzte der Staat die Vermögensteuer aus. Seit sechs Jahren gelten zudem großzügige Freibeträge bei Erbschaften: 500.000 Euro für EhepartnerInnen, 400.000 Euro für jedes Kind, 200.000 Euro für jedes Enkelkind.

»Erben ist keine Leistung, sondern geschenktes Glück.«

Selbst millionenschwere Unternehmen, verniedlichend gern als »kleine Familienbetriebe« bezeichnet, können seither ganz ohne Abgaben an die kommende Generation übertragen werden. Nach speziellen Ausnahmeregeln wird das Firmenvermögen nicht belastet, wenn die Lohnsumme im Schnitt konstant bleibt, also nicht nennenswert Personal abgebaut wird – und wenn das Unternehmen zehn Jahre oder länger fortgeführt wird. Hier würden nicht persönliche Werte gesichert, sondern Arbeitsplätze erhalten, begründet der Gesetzgeber das Privileg. Gerne an-

MEHR ZUM THEMA

Im Dezember 2014 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass das Erbschaftssteuerrecht für Firmen teilweise verfassungswidrig sei. Bis zum 30. Juni 2016 hat der Gesetzgeber Zeit, dies zu korrigieren. Ein erstes Eckpunktepapier wird derzeit diskutiert. Einige Bundesländer lehnen die Pläne von Minister Wolfgang Schäuble (CDU) ab. Der Vorschlag, dass nur noch Unternehmen, die weniger als 20 Millionen Euro wert sind, von der Steuer ausgenommen werden sollen, wird ebenso abgelehnt wie der Plan, dass zur Begleichung einer Steuerschuld auch das Privatvermögen herangezogen werden kann.

Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe soll bis Mitte Mai neue Regeln ausarbeiten. Die Privilegien für Unternehmen werden vom DGB schon lange kritisch gesehen. Der DGB-Bundeskongress 2014 hat unter anderem gefordert, die Vermögen-, Erbschafts- und Grunderwerbsteuer wiederzubeleben bzw. grundlegend zu reformieren (Beschluss E001).





Julia Friedrichs recherchierte in ihrem Buch »Wir Erben – Was Geld mit Menschen macht« über die steigende Zahl reicher Erben (Berlin Verlag 2015, 320 Seiten, 20 Euro)

geführt wird dafür der Sohn eines Handwerksmeisters, der den vom Vater geerbten Betrieb aufgrund finanzieller Überforderung ansonsten schließen und seine MitarbeiterInnen entlassen muss. An der Realität geht dieses Szenario völlig vorbei, zumal die Finanzämter großzügige Stundungen gewähren. Der DGB kritisiert schon lange, dass die geltende Firmenbesteuerung ungerecht ist.

Häuser und Grundstücke können seit 2009 völlig steuerfrei an nahe Familienangehörige weitergegeben werden – vorausgesetzt, sie werden von den neuen Eigentümern mindestens ein Jahrzehnt lang selbst genutzt. Wie wertvoll die vererbten Immobilien sind, spielt keine Rolle. Auch für millionenschwere Villen müssen die ErbInnen keine Abgaben entrichten. »Omas Häuschen« müsse verschont bleiben – das war der populistische Slogan, mit dem die Regelung gerechtfertigt wurde. Doch sie dient nicht dem Schutz bescheidener Reihenhäuser in der Provinz. Geschont wird eher Opas Schlösschen. Hochwertige Immobilien in florierenden westdeutschen Großstädten sollen dem betuchten Bürgertum beim EigentümerInnenwechsel innerhalb der Familie keine Kosten verursachen. Das hat viel mit Klientelpolitik zu tun – und wenig mit sozialer Gerechtigkeit.

Die meisten ErbInnen gehören zur Mittel- und Oberschicht. Sie stehen nicht nur finanziell besser da, sondern haben meist auch eine bessere Ausbildung und damit bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Und sie bleiben im eigenen Milieu, was die soziale Spaltung im Erbfall verstärkt – von »Spermalotto« und »Eizellenroulette« sprechen despektierliche KritikerInnen. Erben ist keine Leistung, sondern geschenktes Glück – und das haben in der Regel nicht die Bedürftigen. Um zu verschleiern, dass sie an den Privilegien der Wohlhabenden nicht rütteln wollen, reden PolitikerInnen dann gern von Omas Häuschen.

»Geschont wird nicht Omas Häuschen, sondern Opas Schlösschen.«

Die Einnahmen aus Schenkungs- und Erbschaftssteuern im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt liegen hierzulande nach Vergleichszahlen der OECD bei weniger als der Hälfte dessen, was andere Industriestaaten kassieren. Stattdessen werden Arbeit und Konsum sehr hoch besteuert. Vor allem jene Menschen, die ihr Leben aus erarbeiteten Einkommen bestreiten, zahlen also für die Gemeinschaft. Die Autorin Friedrichs sprach für ihr Buch mit Bundestagsabgeordneten. Ihr Fazit nach diesen Gesprächsrunden: Abgesehen von der CDU teilen die ExpertInnen aller Fraktionen die Sorge vor einer ErbInnengesellschaft: »Sie sagten: Dies widerspräche dem Prinzip, wonach Lohn auf Leistung folgt. Sie glaubten: Solch eine Gesellschaft wäre unerträglich ungleich. Sie fürchteten: Sie könne dekadente Züge tragen.« Trotz solcher Statements ist der Ausgleich zwischen Arm und Reich per »Steuern« derzeit kein ernsthaft diskutiertes Thema. Friedrich fordert: »Lasst uns über das Erben streiten! Alle gemeinsam.«

Zuerst erschienen in der Zeitschrift einblick Nr. 6/2015 vom 23. März 2015. Der »einblick« ist ein gewerkschaftlichen Info-Service, der vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) herausgegeben wird. Online unter <http://einblick.dgb.de/-/4ITv>

Thomas Gesterkamp, 57, ist Journalist und Buchautor in Köln. Er schreibt über Themen aus der Arbeitswelt, über Gewerkschaften, Sozial- und Geschlechterpolitik.



Ich bestelle das GEW-Zeugnisprogramm:

Name _____

Vorname _____

Straße / Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

E-Mail _____

GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer _____

CD-Version

Online-Version

ausgedrucktes Handbuch (+ 7,-)

Schulart _____

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, bei der SEB-Bank Berlin, IBAN: DE43 1001 0111 1542 9295 00 BIC: ESSEDE5F100 überwiesen.

Ort/Datum _____

Unterschrift _____

Freihandel fördert nicht die Demokratie

In Kolumbien hat sich trotz Zusagen beim Abschluss des Freihandelsabkommens für die Gewerkschaften kaum etwas geändert.

von Thomas Isensee

Das Europäische Parlament hatte im Herbst 2012 ein Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kolumbien ratifiziert. Zur Erinnerung: Kolumbien ist für GewerkschafterInnen das gefährlichste Land der Welt. Deswegen hatten Gewerkschaften und MenschenrechtsaktivistInnen aus ganz Europa gegen das Abkommen mit Kolumbien protestiert und im Europäischen Parlament Lobbyarbeit geleistet: Die EU dürfe Menschen- und Gewerkschaftsrechte nicht auf dem Altar des Freihandels opfern. Immerhin hat das Europäische Parlament dann der kolumbianischen Regierung eine Selbstverpflichtung, »Road Map«, zur Verbesserung der Menschenrechtssituation abgehandelt, deren Verbindlichkeit allerdings zweifelhaft ist.

Das zeigt sich auch jetzt, drei Jahre später: Auf dem Informationsgespräch am 3. März 2015 beim DGB mit Ligia Ines Alzate vom Gewerkschaftsdachverband CUT (Central Unitaria de Trabajadores) und Enrique Daza vom Aktionsbündnis zahlreicher kolumbianischer NGO's, RECALCA (Red Colombiana de Acción frente al Libre Comercio) wurde deutlich, dass das Abkommen wenig neue Entwicklungsimpulse gebracht, sondern die neoliberal geprägte kolumbianische Regierungspolitik eher verstärkt hat. Speziell in Kolumbien sieht das dann so aus: In-

vestitionen sind im Wesentlichen ausgeblieben. Nur in den extrem umweltschädlichen Bergbau steckt man Geld. Der Freihandel hat Kolumbien außerdem eine negative Handelsbilanz beschert, da die kolumbianische Landwirtschaft der hoch subventionierten US-amerikanischen und europäischen Konkurrenz nicht gewachsen ist. KleinbäuerInnen verlieren zunehmend ihre Existenz. Und stärker als im internationalen Trend werden in Kolumbien niedrige Löhne und prekäre Arbeitsverhältnisse sowie informelle statt regulärer Beschäftigung gefördert. Hinzu kommen die Schwächung der Gewerkschaften und die Verweigerung eines zivilgesellschaftlichen Dialogs.

Die Schwächung der Gewerkschaften ist vor allem Resultat der jahrzehntelangen Gewaltandrohungen und Gewalt bis hin zu über 3.000 Morden durch paramilitärische Organisationen unter Duldung oder Förderung durch den Staat. Zwar ist die Zahl der Gewalttaten gegen GewerkschafterInnen zurückgegangen, aber die paramilitärischen Strukturen mit ihrem Drohpotenzial bestehen weiter und TäterInnen kommen in der Regel straflos davon. Zudem werden die sozialen, arbeits- und menschenrechtlichen Zusatzverpflichtungen, die Kolumbien im Zuge des Ratifizierungsprozesses im Europäischen Parlament eingegangen ist, nicht eingehalten.

Allerdings hat sich mit dem Freihandelsabkommen auch eine Internationalisierung der sozialen Konflikte vollzogen. Die kolumbianische Regierung reagiert

auf den internationalen Druck, weil sich dort die AbnehmerInnen der kolumbianischen Produkte befinden. Sie ist deshalb auf Imagepflege bedacht.

Internationaler Druck wirkt

Deshalb muss unbedingt der internationale Druck zur Aufrechterhaltung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte sowie der Umweltstandards weitergeführt werden. Insbesondere müssen immer wieder die in der »Road Map« ausformulierten Versprechungen den tatsächlich erfolgten Schritten gegenübergestellt und Defizite bei der Verwirklichung öffentlichkeitswirksam angeprangert werden. Es wird deshalb gefordert, dass eine Delegation mit VertreterInnen aus Politik, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften 2016 Kolumbien besucht, um die Umsetzung der »Road Map« zu überprüfen und die Ergebnisse zu dokumentieren.

Inzwischen hat die Diskussion über die politische und gesellschaftliche Bedeutung von Freihandel durch die aktuellen verhandelten Abkommen TTIP, CETA und TiSA ein wesentlich größeres Gewicht in der Öffentlichkeit bekommen. Es gelingt den beteiligten Regierungen offensichtlich nicht mehr, solche gesellschaftspolitisch relevanten internationalen Abkommen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft durchzusetzen.

Die Öffentlichkeit fragt sich nun: Wenn es schon gegenüber einem politisch und wirtschaftlich schwachen Partner wie Kolumbien nicht gelingt, vereinbarte soziale und ökologische Standards auch in der Realität durchzusetzen und die Außerkräftsetzung demokratischer Politik zu verhindern – wie kann man dann erwarten, dass dies gegenüber den USA gelingen könnte? ■



Der kolumbianische Dachverband CUT kämpft gegen das Freihandelsabkommen.

FOTO: CUT

Thomas Isensee,
AG Internationales



FOTO: PRIVAT

DAS BERLINER SCHULSYSTEM ALS SCRIPTED REALITY

Stellen Sie sich einmal vor, Sie wachen eines Morgens als Berlins SchulsenatorIn auf. Das ist zugegebenermaßen kein angenehmer Gedanke! Sie stehen bei jedem PolitikerInnenranking auf dem letzten oder vorletzten Platz und Sie werden angerufen, wenn in einer Lichtenrader Schultoilette das Klopapier fehlt, weil Sie für alles in der Berliner Schule verantwortlich gemacht werden. Aber ein paar Dinge leuchten Ihnen sofort ein. 1.157 dauerhaft dienstunfähige Lehrkräfte sind ein unübersehbares Signal dafür, dass etwas mit den Arbeitsbedingungen in den Schulen nicht stimmen kann. Kein Unterricht kann so schlecht oder nutzlos sein wie der, der nicht erteilt wird und verlotterte Schulgebäude mit Fenstern, die samt Rahmen in die Klasse fallen, sind unverantwortbar. Und dann fallen Ihnen noch die zehn Prozent eines Jahrgangs ein, die ohne Abschluss die Schule verlassen. Als Letztes schlagen Sie die Zeitung auf und lesen, dass Berliner Kinder wieder einmal in einer Vergleichsstudie weit hinten liegen. Es überfällt Sie eine Ahnung, dass man bisher doch am falschen Ende gespart hat. Wenn Sie dann nicht verzweifeln und alle Spiegel verhängen, sind Sie Sandra Scheeres, die amtierende Bildungsministerin in Berlin.

Nehmen wir mal weiter an, Sie könnten in einer Art »Scripted Reality« die Wirklichkeit so formen, dass eine Sanierung der Berliner Schule an Haupt und Gliedern nachhaltig und umfassend möglich wäre. Was müsste geschehen?

Sie setzen im Berliner Senat durch, dass der Bildung die Priorität eingeräumt wird, die sie bisher in Sonntagsreden und

Parteiprogrammen hat. Die Schulgebäude bekommen eine ähnlich hohe Priorität und Geldsummen, wie der Flughafen BER sie erhält. Sie statten die einzelne Schule ab dem nächsten Haushaltsjahr mit 105 bis 110 Prozent Personal aus und Sie setzen ein Gesundheitsmanagement ein, das die Betroffenen wirksam fördert. Mit den Schulleitungen wird in Zielvereinbarungen festgelegt, dass der Unterrichtsausfall bei null liegt. Bei zweimaligem Überschreiten werden sie abgelöst.

Die Höhe der LehrerInnengehälter wird an die Regelungen der Stadt Hamburg gekoppelt, unabhängig vom Beamten- oder Angestelltenstatus. LehrerInnen in Brennpunktschulen erhalten Zulagen. Eine fünfjährige Tätigkeit in diesem Umfeld gilt als besonderes Qualifikationsmerkmal bei allen Stellenbesetzungen. Die LehrerInnenfortbildung wird neu gestaltet. Sie wird in Berlin zentral organisiert, schulintern durchgeführt und die Universitäten werden stärker einbezogen.

Es wird ein Jahresarbeitszeitmodell für Lehrkräfte eingeführt, das sich an der Vierzig-Stunden-Woche orientiert und alle mit dem Lehrerberuf zusammenhängenden Tätigkeiten (Konferenzen, Elterngespräche, Klassenfahrten, Unterrichtsvorbereitung) erfasst und nicht nur die Unterrichtsstunden. Jede Lehrkraft erhält einen modernen Arbeitsplatz in der Schule. LehrerInnen haben Urlaub wie andere ArbeitnehmerInnen. Alle Schulen werden mit einer Verwaltungskraft ausgestattet. Die an Jugendliche gebundene Kapazität für Sozialarbeit, Familienfürsorge und

Gesundheit wird aus den Bezirksämtern ausgegliedert und in den Schulen zusammengefasst. Ihre wichtigste Aufgabe besteht in der Begleitung der SchülerInnen, die bisher keinen Abschluss erreichen. Dadurch kann deren Zahl zumindest halbiert werden.

Die Inklusion, also die gemeinsame Unterrichtung aller Kinder, wird Aufgabe aller Schulen. Ein entsprechendes Personal- und Raumprogramm ermöglicht ihnen gemeinsamen und getrennten Unterricht auf demselben Flur. Lehrkräfte, ErzieherInnen, medizinisches und psychologisches Personal arbeiten zusammen. Es gibt Zeiten für Supervision und Fortbildung. Lehrkräfte und Eltern fühlen sich ermutigt und gestärkt. Rechtssicherheit und Verlässlichkeit werden die tragenden Säulen der Inklusion. In zehn Jahren sind alle Schulen entsprechend ausgestattet.

Im Jahre 2019 nehmen Berliner SchülerInnen in nationalen Vergleichsstudien vordere Plätze ein. Sie als Bildungsministerin können sich vor Einladungen in Talkshows nicht retten. Dort verhalten Sie sich wie Jogi Löw und geben alle Komplimente an die Mannschaft und die Fans weiter. Das Berliner Institut für Schulentwicklung und LehrerInnenbildung wird nach Ihnen benannt. Die oder der Regierende BürgermeisterIn stellt sich am Jahresende erneut vor das Brandenburger Tor und ruft der Bevölkerung zu »Berlin, nun freue dich!«, eine Aufforderung, der die BerlinerInnen gerne nachkommen, denn sie haben allen Grund dazu.

Wolfgang Harnischfeger

AKTIVITÄTEN

Historische Stadtrundfahrten mit dem Schiff

Wie jedes Jahr bietet die Berliner Geschichtswerkstatt Dampferfahrten mit verschiedenen Schwerpunkten an: Auftakt war am 17. Mai eine Fahrt zum 70. Jahrestag des Kriegsendes unter dem Motto »Krieg und Frieden«. Vom 6. Juni bis zum 6. September stehen verschiedene Themenfahrten auf dem Programm. Nach »Sunset in Berlin«, einer Fahrt durch das abendliche Berlin mit einem kurzweiligen Mix der Themenfahrten am 6. Juni um 19.30 Uhr, geht es am 7. Juni um 11 Uhr »Ab durch die Mitte«. In einer gut dreistündigen Zeitreise über Spree und Landwehrkanal wird ein Blick auf die Vielfalt Berlins und seiner Geschichte geworfen. Um 15 Uhr startet die »Litera-Tour«. Keine deutsche Stadt wurde schließlich in Gedichten, Liedern, Prosa so oft besungen und beschrieben wie Berlin. Sie hören Gedichte und Prosatexte unterschiedlichster AutorInnen. In weiteren Themenfahrten geht es beispielsweise um »Frauengeschichte(n)«, eine »Musik-Tour« steht auf dem Programm und am 21. und 22. August die legendären »Rio-Reiser-Fahrten« in Erinnerung an Rio Reiser und seine Band »Ton-Steine-Scherben«. Ein Muss nicht nur für Geschichts- und Deutschlehrkräfte! Die Fahrten kosten zwischen 18 und 25 Euro. Weitere Infos unter www.berliner-geschichtswerkstatt.de

Wie möchte ich im Alter leben?

Was sind die Herausforderungen des Älterwerdens? Welche Möglichkeiten und Chancen eröffnen sich – jetzt und in Zukunft? »Dialog mit der Zeit. Die Erlebnisausstellung« geht noch bis zum 23. August diesen Fragen auf ungewöhnliche Weise nach: In Begleitung von speziell geschulten Senior-Guides werden die BesucherInnen mit den unterschiedlichen Facetten des Alterns konfrontiert. Insgesamt fünf Themenstationen bieten vielfältige Anregungen, sich in der Gruppe mit den SeniorInnen über Vorstellungen und Erfahrungen auszutauschen. Neben dem generationsübergreifenden Dialog bietet die Ausstellung die Möglichkeit zum interaktiven Selbstversuch: So können die BesucherInnengruppen ausprobieren, wie sich das Treppesteigen im Alter anfühlt oder das Öffnen der Haustür mit zitt-



Szene aus dem Stück »Ein Fest bei Baba Dengiz« von Volker Ludwig unter der Regie von Yüksel Yolcu im Grips Theater Berlin.

FOTO: DAVID BALTZER/BILDBÜHNE.DE

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Volker Ludwig ist bereits mit mehreren seiner Stücke zum Klassiker geworden. Das beweist erneut das »Fest bei Papadakis«, uraufgeführt 1973, dann 1975 als Eröffnungspremiere im eigenen **Haus am Hansaplatz**; weltweit nachgespielt; jetzt in einer Neubearbeitung als »Ein Fest bei Baba Dengiz« wieder in Berlin. Es geht um die politisch-soziale Grundkonstellation »Wir und die da«, »Die da und wir«, um negative (und positive!) Möglichkeiten einer solchen Konstellation, die sich jeweils historisch und lokal (national) konkretisieren lässt. Es geht um turbulente Ereignisse, Geschäfte und harte Auseinandersetzungen auf einem Zeltplatz; es geht um Kinder als eine eigene Klasse (durchaus nicht immer nett), es geht um ihre (und der Erwachsenen) Einsicht, um eine emanzipatorische, geistig-humanistische Entwicklung: Wie kann es gelingen, dass wir menschlich werden, Menschen als Wert schätzen? Hingehen – nicht nur ab 8 – sondern möglichst mit der ganzen Familie.

Ebenfalls bei **Grips** »Adams Welt«. Adams Welt, das sind viele stehende Papprollen, unregelmäßig miteinander verbunden; er trom-

melt darin herum, eher unlustig (und nicht wütend, wie in Vorankündigungen zu lesen) – hingegen seinen Rhythmen und Tönen. Glücklicherweise gibt es »Besuch«, drei muntere, neugierige Wesen; sie erkunden Adams Welt, finden eine Fülle von attraktiven Überraschungen, verwandeln sich in Tiere, verkleiden sich, spielen miteinander. Die kleinen ZuschauerInnen (ab 2) sind dicht dabei, können zum Schluss auch selber Adams Welt erkunden: Wiederum also eine gelungene Aufführung für die Aller kleinsten.

»Klassenfeind« in der **Jugendstrafanstalt Plötzensee** ist eine Arbeit von aufBruch auf der Grundlage des Textes von Nigel Williams. Im Stück geht es um eine Schulklasse, die ihre Lehrkräfte vergrault hat, sich dann langweilt und sich reihum dazu verdonnert, »Unterricht« zu machen mit der Forderung: Bring uns bitte etwas Brauchbares bei. Weil aber keiner zuhören kann oder will, führt das eher zu erneutem Chaos, bei aufBruch aber auch zu einer kraftvollen Selbsterkundung, in der eigene Erfahrungen der Jugendlichen verarbeitet werden können. Videoeinspielungen machen dieses

persönliche Material für das Publikum erkennbar; die spürbare Intensität der DarstellerInnen (in der Aufführung und im Gespräch) zeigt, wie nah sie sich in dieser Arbeit gekommen sind (ab 16).

Nota bene: Für 2015 bereitet **aufBruch** weitere interessante Projekte vor (JVA Tegel, Plötzensee, Großbeeren ...; u.a. Hauptmann von Köpenick, Philoktet).

Erstmals zu einem fertigen Stücktext gegriffen hat die Jugendtheatergruppe des **Grips**, die Banda Agita. »Das Tierreich« des AutorInnenduos Nolte/Decar besteht aus einer Fülle von flott formulierten Schnipselszenen, verbunden durch erläuternde Kurzkommentare: 21 Jugendliche in einer Kleinstadt während der Sommerferien, beschäftigt mit privaten und politischen Problemen und Plänen. Die Aufführung der Banda kommt zu einer starken Wirkung: eine geschickt gestaltete Bühne, die schnelle und überraschende Auftritte erlaubt, gekonnte Einbeziehung von musikalischen Elementen durch das Ensemble, eine vorzügliche Führung der jungen DarstellerInnen in ihre Rollen hinein (ab 14). *H.-W. Nickel*

riger Hand zur schwierigen Aufgabe wird. Dass der Herbst des Lebens neben möglichen Einschränkungen auch Bereicherungen für uns bereithält, führen positive Altersgeschichten vor Augen. Bitte beachten: Die Interaktion zwischen Gästen und Senior-Guide ist das zentrale Element der Ausstellung. Touren finden deshalb stets in Begleitung speziell geschulter SeniorInnen statt und dauern rund 60 Minuten. Schulklassen und Gruppen ab 15 Personen können die Ausstellung nur nach telefonischer Anmeldung besuchen. Museum für Kommunikation Berlin, Leipziger Straße 16, 10117 Berlin-Mitte www.mfk-berlin.de/dialog-mit-der-zeit

Langer Tag der StadtNatur am 20./21. Juni 2015

Berlin ist die Hauptstadt der Vielfalt – der Artenvielfalt. Am 20. und 21. Juni 2015 können das Interessierte beim Langer Tag der Stadt Natur wieder hautnah erleben. Ob versteckte Stadtoasen oder tierisch-wilde Nachbarn: An der Seite von mehr als 200 ExpertInnen gibt es auch in diesem Jahr allerlei zu entdecken. Die Stiftung Naturschutz Berlin präsentiert innerhalb von 26 Stunden rund 500 StadtNatur-Veranstaltungen. Ein Besuch lohnt sich: Fachkundige Führungen und spannende Mitmach-Aktionen stehen 26 Stunden lang auf dem Programm. So findet für Singles mit Sinn für die Natur ein Speed-Dating statt. Wer seinen Speed-Dating-PartnerInnen interessant findet, kann sich mit ihm/ihr auf StadtNatur-Reise begeben. Neu sind auch die Bustouren mit den BezirksbürgermeisterInnen, die den BesucherInnen grüne Highlights ihres Bezirkes präsen-

tieren. Einige Gärten, Hinterhöfe und Naturareale öffnen auch in diesem Jahr ihre Pforten. Der Lange Tag der StadtNatur 2015 beginnt am Samstag, dem 20. Juni, um 16:00 Uhr und endet am Sonntag, dem 21. Juni, um 18:00 Uhr. Das gesamte Programm sowie Informationen zu Platzreservierungen und Tickets unter www.langertagderstadtnatur.de

Patz da! Kinder machen Stadt

Die interaktive Bauausstellung des Labyrinth Kindermuseum Berlin für Kinder von 3 bis 11 Jahren läuft noch bis zum 30. August 2015. »Patz da! Kinder machen Stadt« lädt Mädchen und Jungen ein in einen urbanen Mikrokosmos. Hier finden sie viele Inspirationsquellen, die sie dazu ermutigen sollen, die Stadt einmal so zu träumen, zu planen und zu bauen, wie sie ihnen gefällt. Ausgestattet mit Bauhelm, Grips und allen Sinnen können Kinder in der Ausstellung ihren eigenen Lebensraum ganz neu entdecken, gestalten und verändern. »Patz da! Kinder machen Stadt« wurde bereits in der Planungsphase von Mädchen und Jungen und ArchitektInnen mitentwickelt. Kinder verschiedener Schulen und Kitas beschäftigten sich als »Wege-ForscherInnen« ausführlich mit Wegen und Straßen. Einige der Ideen und Vorschläge wurden in die Ausstellung integriert. Alle Projekte wurden durch die Initiative »kleine baumeister« durchgeführt. Labyrinth Kindermuseum Berlin in der Fabrik Osloer Straße, Osloer Straße 12, 13359 Berlin, Tel. 030. 800 93 11-50. Weitere Infos unter www.labyrinth-kindermuseum.de/de/content/platzda.

Studienreise des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst

Die Studienreise des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst findet statt vom 5. bis 16. September 2015. Es ist eine kombinierte Bahn-Bus-Reise. Die Anzahl der Mitreisenden wird auf höchstens 20 Personen begrenzt. Die Reisekosten liegen bei 1.100 Euro (Fahrtkosten, Transfer, Vollpension, Visabeschaffung, Dolmetscherinnentätigkeit, Eintrittsgelder). Die Reise ist als Bildungsveranstaltung anerkannt, es kann Bildungsurlaub beantragt werden. Detaillierte Informationen zur Reise unter www.ingrid-damerow.de. Anmeldungen bei: Ingrid Damerow oder Perelingua-Sprach-

reisen, Finckensteinallee 102, 12205 Berlin, Rheinstr. 34, 12161 Berlin, Tel.: 915 61 026, 0162 453 15 19 oder 851 80 01 ingrid.damerow@googlemail.com.

GEW-Studienreisen nach Nicaragua und Zimbabwe

lea, die Bildungsgesellschaft der GEW Hessen, bietet in den Herbstferien 2015 zweiwöchige Studienreisen nach Nicaragua und Zimbabwe an. Neben Besuchen von sozialen Projekten und Treffen mit Bildungsgewerkschaften besteht die Möglichkeit zum Kennenlernen von Land und Leuten: <http://lea-bildung.de/seminar/angebot/w8411>

Selbsthilfegruppe der »anonymen Burnoutler«

LehrerInnen, die von Burnout betroffen sind, kümmern sich regelmäßig erst dann um ihre Situation, wenn sie schon tief in dieser Lebensfalle stecken. Der Verlauf ist schleppend und heimtückisch, und »der Schalter wird von einem Moment auf den anderen umgelegt«. Die Anonymität unserer Selbsthilfegruppe sichert Diskretion zu. Die Selbsterfahrungsgruppe tagt zweimal im Monat. Ort: 14052 Berlin (direkt am Theo, im VITAL Gesundheitszentrum), Tel. 033203 725 31, <http://anonyme-burnoutler.de>

MATERIALIEN

Neuer Fachbrief

Der Fachbrief »Durchgängige Sprachbildung/Deutsch als Zweitsprache« ist erschienen. In diesem Fachbrief stehen im Mittelpunkt Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse – es geht sowohl um deren Rahmenbedingungen und Sprachbildungskonzept als auch um Unterrichtsgestaltung, Herausforderung der Alphabetisierung in der Zweitsprache und Einblick in die Praxis (Interview mit einer Lehrerin aus einer Lerngruppe). Im zweiten Teil des Fachbriefes findet die Fortsetzung des Artikels »Umgang mit Mehrsprachigkeit« statt, dazu Hinweise auf interessante Fortbildungen und neue Materialien.

Religion und Gesellschaft

Das Titelthema des März-Heftes 2015 der WZB-Mitteilungen des Wissenschaftszentrums Berlin lautet »Religion und Gesellschaft: Glaube, Bürger, Staat, Politik«. Darin ein Artikel von Gunnar Fol-

ke Schuppert »Dem deutschen Staat fällt der Umgang mit dem Islam schwer«. Marcel Helbig untersucht in einem weiteren Artikel die Rolle der Religion beim Bildungserfolg, wobei er herausstellt, dass das wahre Bildungshemmnis nicht die Religion, sondern die soziale Herkunft ist. Die Zeitschrift zum Download unter www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen

Daten und Fakten zu Flucht und Asyl

Rund 200 000 Menschen haben 2014 in Deutschland einen Asylantrag gestellt. Doch nur ein verschwindend geringer Teil derer, die sich weltweit auf der Flucht befinden, gerade mal ein Prozent, sucht Schutz in Europa. Im Dezember 2013 gab es nach UN-Angaben weltweit über 50 Millionen Flüchtlinge. Nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg flohen mehr Menschen vor Krieg, Verfolgung und existenziellen Bedrohungen. Mit der Broschüre »Flucht. Asyl. Menschenwürde« liefert der DGB Zahlen, Daten und Fakten, um die häufig falschen Argumente in der Debatte um Asyl und Flüchtlinge zu widerlegen. Der DGB fordert nicht nur, die europäischen Regeln zu Einreise und Aufenthalt von Flüchtlingen grundlegend zu ändern, er plädiert auch dafür, dass Asylsuchende möglichst früh Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung erhalten. Das Heft informiert über rechtliche Grundlagen und stellt gewerkschaftliche und betriebliche Handlungsmöglichkeiten vor. Die Broschüre ist kostenlos, es fallen nur Versandkosten an: www.bit.ly/flucht_asyl

SONSTIGES

Solidarität und T-Shirt-Herstellung

Eine vertrauenswürdige Alternative bei der Herstellung und Bedruckung von T-Shirts ist das Unternehmen »dna merch«. Die Firma verbindet T-Shirt-Produktion mit Transparenz und praktiziert internationale Solidarität. Neben dem Aufbau einer rückverfolgbaren und möglichst fairen eigenen Produktionskette unterstützt »dna merch« mit einem Teil der Einnahmen TextilarbeiterInnen in Südostasien bei deren Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie für höhere Löhne. Die T-Shirts werden in Kroatien von einer selbstverwalteten Kooperative genäht. Die Stoffe stam-



WHY?

BESUCHT DAS
Anti-Kriegs-Museum
IN BERLIN-WEDDING
BRÜSSELER STR. 21
(NAHE U-BAHNHOF AMRUMER STR.)
TEL.: 454 90 110
GRUPPENBETREUUNG nach VEREINBARUNG
TEL.: 402 86 91
TÄGLICH GEOFFNET
von 16.00 - 20.00 UHR

Eintritt frei

LERNZIEL GLEICHWERTIGKEIT

Das neue Handbuch von »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« stellt den Präventionsansatz der Initiative und wichtige Ideologien der Ungleichwertigkeit vor.

Es gibt Antworten auf Fragen wie: Wo bleibt Zeit und Ruhe, um sich mit Themen wie Mobbing, Rassismus, Flucht & Asyl, Antisemitismus, Antiziganismus, Altersdiskriminierung, MuslimInnenfeindlichkeit, Salafismus und Genderfragen zu beschäftigen? Wie und in welcher Form können SchülerInnen die Initiative ergreifen und wo finden sie Unterstützung? Im Handbuch finden sich zahlreiche Tipps, wie sich die Aktiven schulübergreifend vernetzen und die Nachhaltigkeit sichern können.

Die Loseblattsammlung im DIN-A4-Ordner umfasst 218 Seiten und 200 farbige Abbildungen. Bei Bestellung bis zum 31. Juli kostet das umfangreiche Werk nur 12,95 Euro, danach 14,95 Euro und ab dem 1. Januar 2016 19,95 Euro.

Bestellungen über Fax: 030 / 21458620 oder per Mail: schule@aktion-courage.org oder über www.schule-ohne-rassismus.org



men von kleinen ProduzentInnen in Indien, die sich an die Rechte der internationalen Arbeitsorganisation halten. Musikbands, Schulen, Gewerkschaften oder andere politische Organisationen können über »dna merch« T-Shirts beziehen und damit so zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsbranche beitragen. Mehr Informationen unter www.dna-merch.de und www.facebook.com/dnamerch

SENIORINNEN

Die Veranstaltungen der SeniorInnen sind selbstverständlich offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste!

GEW-Chor: 17.6., 1.7. und 8.7. um 17 Uhr im GEW-Haus, Ahornstr. 5, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

GEW-Singkreis: 10.6. und 24.6. um 17 Uhr im GEW-Haus, Ahornstr. 5, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

GEW-Stammtisch für RuheständlerInnen: 24.6. von 14.30 bis 16.30 Uhr im »Ulrichs – Café, Küche und Kultur« in der Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 11 (ehem. Einemstraße) / Eingang Ahornstraße, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

LandesseiorInnenausschuss und Junge Alte: 17.6. um 11 Uhr im GEW-Haus

Junge Alte in der GEW:

19. Juni 2015: Museum im Alten Wasserwerk Friedrichshagen, anschließend Wanderung am Nordufer des Müggelsees bis Rahnsdorf. Treffpunkt: 13 Uhr Müggelseedamm 307 (Anfahrt S3 bis Friedrichshagen, dann Tram 60 bis Endstation Altes Wasserwerk, Abfahrt Bf. Friedrichshagen 12.35 Uhr) Eintritt 3,50 Euro. Dauer der Wanderung 1 ½ Std, Abkürzung mit Tram 61 möglich. Bei warmem Wetter Baden im Strandbad möglich (auch FKK). Eintritt frei. Abschluss im Café Gerch, Fürstenwalder Allee 22. Kontakt: Reinhard Brettel, Tel. 69 81 69 31

2. Juli 2015: Tagesausflug mit dem Bus zum ehemaligen Bombodrom bei Rheinsberg und der BürgerInnenbewegung für eine freie Heide. Treffpunkt: 9 Uhr, Schulenburgring 2 (U-Bhf. Platz der Luftbrücke, 5 Minuten Fußweg), Kosten 10 Euro, Anmeldung über Joachim.Dillingger@web.de oder Tel. 785 77 39

BSA Pankow

16. Juni 2015: Auch in diesem Jahr wollen wir wieder picknicken. Das machen wir bei einem Ausflug in den Plänterwald mit Herrn Lehmann. Treffpunkt: Restaurantschiff (Bulgarische Straße). Fahrt bis Treptower Park S-Bahnhof, dann ein kleiner Fußweg in Richtung »Insel der Jugend«. Kontakt: Anne Slateff, Tel. 986 48 37

BSA Lichtenberg

11. Juni 2015: Ganztagsausflug nach Lehnitz. Wir besuchen die Gedenkstätte im ehemaligen Wohnhaus der Familie des Arztes und Schriftstellers Friedrich Wolf in Lehnitz, Alter Kiefernweg 5. Dort sehen wir einen berührenden Film über sein Leben (90 Minuten), besichtigen die Wohn- und Arbeitsräume und nehmen einen kleinen Imbiss ein. Treffpunkt: 10.00 Uhr auf dem Bahnsteig Lehnitz, S1 Richtung Oranienburg, Kosten: 5.00 Euro für Eintritt und Imbiss. Kontakt: Elke Sabrowski Tel. 511 58 26

STELLENBÖRSE

Unterrichtsbedarf von 46 Unterrichtsstunden am ZBW Steglitz-Zehlendorf – 06A05. Im kommenden Schuljahr haben wir FachlehrerInnenbedarf in den Fächern D / Ge / Ek / Chemie / Physik im Umfang von 46 Unterrichtsstunden. Der Einsatzort ist die Filiale Tannenhof-Schule. (Infos unter: www.tannenhof.de/de/schule/tannenhof-schule/info/) LehrerInnen, die in der Region Steglitz-Zehlendorf unterrichten, können sich umsetzen lassen. Informationen unter Tel.- 90 200 – 2208 Herr Laser-Tannhäuser und unter – 692 17 82 Frau Laubmann.

INTERNET

www.was-verdient-die-frau.de Das Projekt »Was verdient die Frau? Wirtschaftliche Unabhängigkeit« will für das Thema sensibilisieren und so einen Beitrag leisten, um die geschlechtsspezifische Entgeltlücke zu schließen. Es soll gerade jungen Frauen konkret

gezeigt werden, wie wirtschaftliche Unabhängigkeit mit dem Lohngefälle und einen existenzsichernden Job zusammenhängt und worauf Frauen in ihrer Biographie achten können. Das Projekt des DGB-Bundesvorstands wird von September 2014 bis August 2016 vom Bundesfamilienministerium gefördert und richtet sich sowohl an politische, gewerkschaftliche und betriebliche Akteure und Akteurinnen als auch an junge Frauen und Mütter.

www.gsp-ev.de führt zur Internetseite der Gesellschaft für Sexualpädagogik mit Antworten auf häufig gestellte Fragen (FAQs) zur Diskussion um die »Sexualpädagogik der Vielfalt« (unter »Aktuelles«).

www.dguv-lug.de Unterrichtsmaterialien der Unfallversicherung zum Cybermobbing. Die Unterrichtsmaterialien klären über die Folgen von Cybermobbing und Happy Slapping auf und zeigen, was SchülerInnen, Lehrkräfte und die Schule als Ganzes tun können, um sich davor zu schützen. Alle Unterrichtsmaterialien des Schulportals DGUV Lernen und Gesundheit sind nach Jahrgangsstufen im allgemeinbildenden und Themen im berufsbildenden Teil gegliedert. Sie enthalten in der Regel direkt im Unterricht einsetzbare Arbeitsblätter, Folien und Schülertexte. Exemplarische Unterrichtsverläufe werden in einem didaktisch-methodischen Kommentar dargestellt, durch Hintergrundinformationen, eine Auflistung der zu erlangenden Kompetenzen und durch eine umfangreiche Mediensammlung ergänzt.

ANZEIGEN

LockeToursBerlin

Abzuken im Herzen der Natur ab 645 EUR
Natürliche Emotionen auch für Familien
Baltische Länder per Rad ab 1295 EUR
Korsika GR20 Wanderung ab 1280 EUR
Flüge und Fähren - weltweit und preiswert!

www.locketours.de

Lefevrestr. 21 Tel. (0 30) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de



**Institut für
Gruppendynamik**

Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer

Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)

Kantstr. 120/121, 10625 Berlin

☎ 312 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

Beamtenkredite 10.000 € - 120.000 €

- Extra günstige Kredite für Sparfüchse
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen gigantisch günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.

Deutschlands günstigster Autokredit

3,47% effektiver Jahreszins

5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §6a PangV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 3,47% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,42% p.a., Rate 447,- €, Gesamtkosten 21.425,62 €

www.Autokredit.center

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH

E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker

Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mit Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

KLASSENREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

- Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab EUR 235,-
- Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab EUR 220,-
- Oder Österreich...Holland...Frankreich...Kroatien...Deutschland
- Städtereisen: Berlin, München, Hamburg, Köln, Dresden, Weimar, Freiburg
- Amsterdam, Brüssel, Paris, London, Straßburg, Wien, Krakau, Rom, Prag...

Günstige Flugreisen in viele europäische Metropolen...

Tel. 030/3030836

KLASSE REISEN GmbH • www.klasse-reisen.com • mail@klasse-reisen.com

Von hier an ... geht es aufwärts!

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!

Indikationen:
Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Essstörungen, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Privatklinik für psychologische Medizin. Akutaufnahme möglich, wir beraten Sie gern!
Gunzenbachstraße 8 · 76530 Baden-Baden · Telefon 07221 / 39 39 3-0
Fax 07221/39 39 3-50 · www.leisberg-klinik.de · info@leisberg-klinik.de

Extra Buch

VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN

z.B. zu Geschichte, Politik, Literatur, Kunst, Sprachen, Lernhilfen...

Mehringdamm 66 Mo-Fr 10-20 Uhr
10961 Berlin Sa 10-18 Uhr
030/789 51 797 extrabuch@t-online.de

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE

von 8 - 74 Sitzplätzen mit
Aircondition, Video, Küche, WC,
Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren
Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal
mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pk-r-bus@bln.de

Buttonmaschinen, Material und mehr:
www.shop.graph-druckula.de
Graph Druckula GmbH · Tel. 69401620 · Mo-Fr 10-17 Uhr

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2015

- Friedens- und Konfliktforschung: Global Competence – eine Lösung?
- Interkulturelle Kommunikationskompetenz
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Improvisation u. Singen – Impulse f. d. Stimmarbeit
- Rhetorik, Stimm- und Sprechtraining
- Ressource Lampenfieber

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

BUSART-TOURS GmbH

...das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!

Busvermietung: **Tel. +49/30/303083-0**

Albrechtstr. 138-140 · 12099 Berlin www.busart-tours.de
Fax: +49/30/30 30 83-55 info@busart-tours.de

YOGA in SCHULEN und KINDERTAGESSTÄTTEN

2 jährige, berufs begleitende Fortbildung von
September 2015 bis Juni 2017. Infos und Anmeldung:
Anna-Leena Bahrmann **abahrmann@gmx.de**
Magdalena Rechlin m.rechlin@snaflu.de

Für alle Fälle

Darf meine SchulleiterIn unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement der Schulrechtssammlung hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-27
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

08. JUNI	18.00 Uhr	Mitgliederversammlung Fachgruppe ISS	Raum 32
09. JULI	17.00 Uhr	AG Frieden	Raum 47
	17.00 Uhr	FG Schulsozialarbeit	Raum 300
	17.30 Uhr	AG Verfolgte Lehrkräfte	Raum 34
11. JUNI	19.00 Uhr	Junge GEW	Raum 300
16. JUNI	19.00 Uhr	LAMA	Raum 33
	19.00 Uhr	Schwule Lehrergruppe	Raum 300
17. JUNI	11.00 Uhr	Landesseniorenausschuss/Junge Alte	Raum 33
18. JUNI	18.00 Uhr	FG Schulsozialarbeit	Raum 32
	18.00 Uhr	Kita AG	Raum 33
	18.00 Uhr	Junge GEW	Raum 34
	18.30 Uhr	Abteilung Wissenschaft	Raum 31
23. JUNI	16.30 Uhr	AG Gesundheit	Raum 33
	17.00 Uhr	AG Schwerbehinderte	Raum 300
24. JUNI	17.30 Uhr	FG Sonderpädagogik/Grundschule	Raum 300
25. JUNI	16.30 Uhr	AG Jugendliteratur und Medien	Raum 47
	19.00 Uhr	Junge GEW	Raum 300
01. JULI	16.00 Uhr	AG Bildungsfinanzierung	Raum 34
	17.00 Uhr	FG Schulsozialarbeit	Raum 300
06. JULI	14.00 Uhr	Runder Tisch Gemeinschaftsschule	Raum 34
07. JULI	19.00 Uhr	LAMA	Raum 32
	19.00 Uhr	Abteilung Berufsbildende Schulen	Raum 33
08. JULI	17.00 Uhr	AG Frieden	Raum 47
	19.00 Uhr	FG Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit	Raum 34
09. JULI	18.00 Uhr	FG Schulsozialarbeit	Raum 32
	19.00 Uhr	Junge GEW	Raum 34

KLEINE KLASSEN BRINGEN NICHTS?

In den letzten Jahren geisterte durch die Öffentlichkeit die These, kleine Klassen würden für den Lernerfolg der Schüler nichts bringen. Nur für die Lehrkräfte wäre der durch große Klassen zunehmende Stress für alle Beteiligten eine geringe, aber zu vernachlässigende Größe. Selbst in der Hattie-Studie wurde dieser angeblich wissenschaftliche Befund wiederholt. Zur Erhellung und Diskussion, wie wichtig die Bedeutung kleiner Klassen für den Lernerfolg ist, haben wir Prof. Dr. Rainer Dollase eingeladen. In seinem neuen Buch »Gruppen im Elementarbereich« (Kohlhammer, 2015) hat Rainer Dollase die Grundlagen der internationalen Forschung zu den Mythen über die Gruppengröße zusammengestellt. **Mittwoch, 17. Juni 2015 um 18 Uhr** in der Ahornstr. 5, 10787 Berlin



MITMACHEN IN DER GEW-SAMBAGRUPPE

Die GEW-Sambagruppe probt **jeden Donnerstag von 16.30 bis 18 Uhr** im GROOVE, Fidicinstraße 3. Neugierige oder Erfahrene sind herzlich willkommen. Kontakt: samba@gew-berlin.de

Aktion des OSZ Druck- und Medientechnik

FOTO: OSZ



DISKUSSION MIT DEM NEUEN STAATSEKRETÄR FÜR WISSENSCHAFT

Öffentliche Mitgliederversammlung der Abteilung Wissenschaft und Diskussion mit Steffen Krach, dem neuen Staatssekretär für Wissenschaft: **Dienstag, 9. Juni 2015 um 18 Uhr**, im Auditorium des Grimm-Zentrums der HU, Geschwister-Scholl-Str. 1/3



GEW-Haus | Ahornstraße 5, 10787 Berlin (U-Bhf Nollendorfplatz) |

Mo, Di, Do 9 bis 16 Uhr; Mi 9 bis 17 Uhr; Fr 9 bis 15 Uhr

Tel. 21 99 93-0 | Fax. 21 99 93-50 | info@gew-berlin.de | www.gew-berlin.de

Persönliche Beratung in der Rechtsschutzstelle nur nach Vereinbarung: Tel. 21 99 93-0